



CDU Elbe-Weser



Wir wählen die Freiheit

Programm des CDU Bezirksverbandes Elbe-Weser 2026-2031



Ganz klar Bezirksverband Elbe-Weser.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir erleben derzeit seit langem nicht gekannte politische, wirtschaftliche, soziale und technologische Herausforderungen. Digitalisierung und künstliche Intelligenz verändern nicht nur die Arbeitswelt, sondern die Lebensumstände jedes einzelnen Menschen. Nicht jeder sieht nur die Chancen dieser Entwicklung. Daneben treten veränderte geopolitische Herausforderungen. Der von Russland ausgelöste Angriffskrieg gegen einen europäischen Nachbarn, aber auch die Unsicherheit über die Verlässlichkeit einzelner Verbündeter fordern von uns allen eine größere Bereitschaft zu Verteidigungsanstrengungen. Darüber hinaus sind weitere Anstrengungen zur Steuerung von Migration und zum Klimaschutz unerlässlich.

Diese ganzen Themen verunsichern viele Menschen und haben dazu geführt, dass sich das politische Spektrum verändert und linke und rechte Ideologen an Boden gewinnen. Als Volkspartei der Mitte stellen wir uns diesen Fragen.

Unsere Antwort: „Wir wählen die Freiheit“ ist ein Statement für die Bürgerinnen und Bürger unserer Region, aber auch eine klare Positionierung gegenüber Bedrohungen von innen und außen. Unser Elbe-Weser-Programm ist die Richtschnur für ein verlässliches Handeln der CDU Elbe-Weser, an der wir uns für die nächsten Jahre ausrichten werden. Es heißt jetzt mit einem klaren Kurs Haltung zeigen, zusammenzustehen und den Herausforderungen zu begegnen. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre und viel Freude beim Lesen!



Enak Ferlemann PSts a.D.
Bezirksvorsitzender



Axel Lohse
Programmkommission

Inhalt

	Kurzübersicht	4
I.	Standortbestimmung und Ausblick für fünf Jahre	6
II.	Moderne Infrastrukturpolitik – Fundament einer starken Wirtschaftsregion	8
III.	Innovative Wirtschaft schafft und sichert Arbeit und Steuern	11
IV.	Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Innovation	15
V.	Mobilität im Elbe-Weser-Raum – digital, verlässlich, technologieoffen	17
VI.	Energie für Mensch, Umwelt und Wirtschaft	18
VII.	Nachhaltigkeit und Klimaschutz – Megathemen unserer Zeit	21
VIII.	Agrar- und Ernährungswirtschaft: im nationalen Interesse – für mehr Miteinander mit der Landwirtschaft	24
IX.	Leben im ländlichen Raum stärken – Wohnen ermöglichen, Wirtschaftskraft sichern	26
X.	Wir haben viel zu bieten – Kultur und Tourismus im Elbe-Weser-Raum	28
XI.	Standortfaktor Bildung	29
XII.	Mehr sozialer Zusammenhalt im ländlichen Raum	32
XIII.	Demografischer Wandel – Chancen erkennen	35
XIV.	Zuwanderung und Flüchtlinge – Chancen nutzen, Ordnung sichern	36
XV.	Effiziente Verwaltungsstrukturen – handlungsfähige Kommunen und starke Landkreise	37
XVI.	Innere Sicherheit im Elbe-Weser-Raum – Schutz, Ordnung und Freiheit	39
XVII.	Verteidigung beginnt zu Hause – Zeitenwende im Elbe-Weser-Raum	42
XVIII.	Europa, Deutschland und der Elbe-Weser-Raum	44
XIX.	Der Elbe-Weser-Raum – zusammen als Region aus Tradition	47

Kurzübersicht

I. **Freiheit**, unser politischer Kompass – **Deutschland**, im Westen verankert – **Europa**, Friedensprojekt und Verantwortungsgemeinschaft – **Soziale Marktwirtschaft**, Freiheit und Verantwortung verbinden – **Bewahrung der Schöpfung**, mit Maß und Verantwortung – **Christliches Menschenbild**, klare Haltung – **Subsidiarität**, Stärke aus der Region – **Volkspartei der Mitte**, für unsere Heimat. All diese Erwartungen nehmen wir ernst. Sie sind Maßstab unseres politischen Handelns.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

II. **Moderne Infrastruktur** ist kein Selbstzweck – sie ist der Schlüssel zu wirtschaftlicher Stärke, sicherer Mobilität und gleichwertigen Lebensverhältnissen im Elbe-Weser-Raum.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

III. **Wirtschaftspolitik** ist Zukunftspolitik. Wir setzen auf Innovation statt Stillstand, auf Vertrauen statt Misstrauen und auf Wachstum statt Verzicht. Der Elbe-Weser-Raum hat das Potenzial, auch in Zukunft eine starke Wirtschaftsregion zu sein – wenn Politik den Mut hat, Entwicklung zuzulassen.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

IV. **Digitalisierung und Künstliche Intelligenz** sind Werkzeuge für Fortschritt – wenn man sie lässt. Wir setzen auf Mut, Verantwortung und Gestaltungswillen statt auf Angst und Verbote. Der Elbe-Weser-Raum soll Modellregion für eine moderne, freiheitsorientierte Digitalpolitik werden – wirtschaftsstark, bürgernah und zukunftsfähig.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

V. Eine **moderne Mobilität** für den Elbe-Weser-Raum, die Freiheit sichert, das Klima schützt und Stadt und Land gleichermaßen

verbindet. Digital. Verlässlich. Technologie-offen.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

VI. Elbe-Weser – wo Natur, Wirtschaft und Innovation zusammenwirken, da entsteht die **Energiezukunft** Deutschlands: sauber, sicher und regional verankert.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

VII. Die CDU Elbe-Weser steht für **Klimaschutz** mit Verantwortung, für den Schutz landwirtschaftlicher Betriebe und für eine nachhaltige Nutzung unserer einzigartigen Moor- und Kulturlandschaften. Klimaschutz muss im ländlichen Raum Akzeptanz finden – nur dann ist er dauerhaft wirksam. **Moor-schutz** ja – aber nicht gegen die Menschen, die hier leben und wirtschaften.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

VIII. Wir wollen die **Landwirtschaft** im Elbe-Weser-Raum wirtschaftlich stark, gesellschaftlich anerkannt und politisch verlässlich begleiten. Wettbewerbsfähigkeit, Umweltverantwortung und Akzeptanz gehören zusammen. Für eine Landwirtschaft mit Zukunft – für unsere Region, für Deutschland, für kommende Generationen.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

IX. **Für Wohnen, Arbeiten und Leben im ländlichen Raum**. Wir setzen ausdrücklich auf privates Engagement, Unternehmerteil und ehrenamtlichen Einsatz. Der Staat soll ermöglichen, nicht blockieren.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

X. Ein starkes, sichtbares und regional vernetztes **Kultur- und Tourismusangebot**, das

den Elbe-Weser-Raum auch in Zukunft lebendig, attraktiv und unverwechselbar macht. Kultur bewahren. Tourismus stärken. Heimat gestalten.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XI. **Bildung** ist der Schlüssel zu Chancengleichheit, Fachkräftesicherung und Lebensqualität. Sie entscheidet darüber, ob der ländliche Raum Zukunft hat. Für starke Bildung – verlässlich finanziert, wohnortnah organisiert und mit dem Menschen im Mittelpunkt.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XII. **Sozialer Zusammenhalt** entsteht nicht von selbst. Er braucht verlässliche Strukturen, erreichbare Versorgung und Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen. Für ein starkes Miteinander, moderne Gesundheitsversorgung und hohe Lebensqualität – auch und gerade im ländlichen Raum. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XIII. Der **demografische Wandel** ist kein Schicksal, sondern eine Gestaltungsaufgabe. Wer frühzeitig handelt, kann Risiken begrenzen und Chancen nutzen. Für eine demografiefeste Region – vorausschauend geplant, generationengerecht gestaltet und lebenswert für alle.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XIV. Für eine **Migrationspolitik** mit Maß, Verantwortung und Durchsetzungskraft – im Interesse der Menschen vor Ort und derjenigen, die zu uns kommen. Humanität braucht Ordnung. Integration braucht Klarheit. Zuwanderung braucht Regeln.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XV. Für einen **starken, modernen Staat**: serviceorientiert, finanziell solide, digital souverän – und immer im Dienst der Menschen. **Effiziente Verwaltung** ist kein Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung für Vertrauen, Akzeptanz und Handlungsfähig-

keit.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XVI. Der Elbe-Weser-Raum soll eine Region bleiben, in der Menschen sicher leben, sich engagieren und Verantwortung übernehmen können. Er soll Vorreiter für **Sicherheit, Ordnung und Zusammenhalt** in Niedersachsen sein – mit einer starken Polizei, einer modernen Justiz und klaren Regeln. Sicherheit ist die Grundlage von Freiheit.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XVII. Der Elbe-Weser-Raum übernimmt Verantwortung für die **Sicherheit unseres Landes – militärisch, zivil und gesellschaftlich**. Wir stehen für eine klare Zeitenwende, für Wehrhaftigkeit, europäische Stärke und einen handlungsfähigen Staat. Frieden braucht Stärke. Sicherheit beginnt zu Hause.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XVIII. **Europa** ist Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsversprechen. Der Elbe-Weser-Raum ist Teil dieses Europas – selbstbewusst, engagiert und verantwortungsvoll. Wir gestalten Europa. Wir stärken unsere Region. Wir übernehmen Verantwortung.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XIX. Die **CDU ist und bleibt die Partei des Elbe-Weser-Raums**. Wir kennen dieses kulturell-politische Erbe, wir respektieren es – und wir tragen Verantwortung dafür, es in die Zukunft zu führen. Geschlossen, selbstbewusst und gemeinsam. Der Elbe-Weser-Raum: zusammen als Region aus Tradition. Darauf gründen wir unser Selbstverständnis.

Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

I. Standortbestimmung und Ausblick für fünf Jahre

Wir wählen die Freiheit!

„Wir wählen die Freiheit!“ – dieser Satz Konrad Adenauers war mehr als ein politisches Bekenntnis. Er war eine klare Entscheidung gegen Unfreiheit, gegen Diktatur und gegen jede Form totalitärer Ideologien. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg sicherte diese Haltung Frieden, Freiheit und Wohlstand – eingebettet in die westliche Wertegemeinschaft und ein geeintes Europa.

Nach dem Fall der Mauer schien vieles erreicht. Heute wissen wir: Freiheit ist kein Selbstläufer. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine, hybride Bedrohungen, autoritäre Systeme und politische Extreme von rechts und links machen deutlich: Freiheit muss immer wieder verteidigt werden. Auch – und gerade – politisch.

Für uns als CDU Elbe-Weser gilt deshalb heute wie damals ohne Einschränkung: **Wir wählen die Freiheit!**

Freiheit – unser politischer Kompass

Freiheit bedeutet für die CDU Elbe-Weser zuerst das klare Bekenntnis zur offenen, freiheitlichen und demokratischen Grundordnung unseres Landes. Wir stehen uneingeschränkt auf dem Boden des Grundgesetzes, der repräsentativen Demokratie und unserer historischen Verantwortung aus zwei Diktaturen auf deutschem Boden. Totalitäre Ideologien – gleich welcher Couleur – lehnen wir entschieden ab.

Der Schutz der Menschen- und Freiheitsrechte ist für uns nicht verhandelbar. Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele lehnen wir strikt ab. Für uns gilt: Der Staat ist kein Selbstzweck. Er dient den Bürgerinnen und Bürgern – nicht umgekehrt. Eingriffe in die

Freiheit des Einzelnen sind nur dann gerechtfertigt, wenn Rechte anderer oder übergeordnete Interessen betroffen sind. Staatliches Handeln muss dabei stets rechenschaftspflichtig sein.

Diese freiheitliche Rechts- und Gesellschaftsauffassung erwarten wir auch von allen Menschen, die in unser Land eingewandert sind. Integration setzt Akzeptanz unserer Werte voraus – nicht ihre Relativierung.

Deutschland im Westen verankert – Sicherheit braucht Klarheit

Deutschland ist und bleibt Teil der westlichen Wertegemeinschaft. Die transatlantische Partnerschaft und die Mitgliedschaft in der NATO sind das Fundament unserer äußeren Sicherheit. Dazu stehen wir ohne Wenn und Aber.

Eine modern ausgestattete Bundeswehr als Parlamentsarmee ist unverzichtbarer Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur. Die geopolitische Lage zwingt uns, die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und des Bündnisses wieder vollständig herzustellen. Sicherheit ist keine abstrakte Frage – sie betrifft uns alle.

Auch im Elbe-Weser-Raum stellt sich die Frage nach unserem Beitrag. Infrastruktur muss im Sinne der Verteidigungsfähigkeit gedacht werden. Dual-Use-Konzepte – zivile und militärische Nutzbarkeit – gehören zur Realität moderner Sicherheitsvorsorge.

Europa: Friedensprojekt und Verantwortungsgemeinschaft

Das vereinte Europa ist für uns weit mehr als ein Binnenmarkt oder eine Währungsunion.

Die europäische Integration ist die Antwort auf Jahrhunderte von Konflikten – und der Schlüssel zu dauerhaftem Frieden.

Als deutsche Europäer vertreten wir selbstbewusst unsere nationalen Interessen – so, wie es alle anderen Mitgliedstaaten auch tun. Europäische Solidarität setzt faire Lastenteilung voraus. Wer Solidarität einfordert, muss auch Verantwortung übernehmen.

Der Schutz der Außengrenzen und eine geordnete Steuerung von Migration sind gemeinsame europäische Aufgaben. Bürokratieabbau, klare Zuständigkeiten und transparente Verfahren sind Voraussetzung für Akzeptanz in der Bevölkerung. Die seit der Europawahl 2024 eingeleitete Omnibusgesetzgebung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unterstützen wir ausdrücklich.

Die Ukraine ist Teil des freien Europas. Ihre Souveränität und territoriale Integrität sind elementarer Bestandteil der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung: Ein EU-Beitritt der Ukraine liegt im Sicherheits- und geopolitischen Interesse Deutschlands und Europas. Vor einem Beitritt muss die Ukraine selbstverständlich die erforderlichen Beitrittskriterien erfüllen. Dazu bedarf es auch der Hilfe der EU und ihrer Mitgliedsländer. Will die Ukraine Mitglied von EU und NATO werden, unterstützen wir diesen Weg. Grenzen dürfen in Europa nicht mit Gewalt verschoben werden – niemals.

Soziale Marktwirtschaft: Freiheit und Verantwortung verbinden

Die soziale Marktwirtschaft ist die erfolgreichste Wirtschaftsordnung der Geschichte. Sie verbindet unternehmerische Freiheit mit sozialer Verantwortung – und entspricht damit unserem christlichen Menschenbild.

Als Exportnation stehen wir für freien Handel. Protektionismus gefährdet Wohlstand – bei

uns und weltweit. Leistung muss sich lohnen. Eigentum verpflichtet – aber es bleibt Eigentum.

Bewahrung der Schöpfung – mit Maß und Verantwortung

Die Bewahrung und Weiterentwicklung der Schöpfung ist für uns zentrale Zukunftsaufgabe. Ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft gehören zusammen. Wir setzen auf Ausgleich statt Ideologie – auf Lösungen, die Umwelt schützen und Wertschöpfung ermöglichen.

Christliches Menschenbild – klare Haltung

Unser christliches Menschenbild verpflichtet uns: Jeder Mensch besitzt Würde. Diskriminierung lehnen wir entschieden ab.

Der Schutz jüdischen Lebens und das Existenzrecht Israels sind für uns unverrückbar – gerade angesichts zunehmenden Antisemitismus und islamistischen Terrors. Ebenso sehen wir mit großer Sorge die wachsende Gewalt gegen christliche Gemeinschaften weltweit, insbesondere in Afrika.

Subsidiarität: Stärke aus der Region

Seit ihrer Gründung steht die CDU für Subsidiarität. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo die Menschen leben. Wir wenden uns gegen eine Politik, die einseitig urbane Räume bevorzugt und ländliche Regionen strukturell benachteiligt.

Der Elbe-Weser-Raum braucht Gestaltungsspielräume – keine Bevormundung. Stadt und Land gehören zusammen: gleichwertig, respektvoll und auf Augenhöhe.

Volkspartei der Mitte – für unsere Heimat

Die CDU Elbe-Weser ist die Volkspartei der Mitte. Mitte verstehen wir nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich. Wir vertreten die Interessen einer überwiegend ländlich geprägten Region – verlässlich, wertorientiert

und zukunftsgerichtet.

Wie keine andere Partei wird die CDU von ehrenamtlicher Arbeit in den kommunalen Parlamenten (Orts-, Gemeinde-, Stadträte bis hin zu den Kreistagen) getragen. Unsere Demokratie würde ohne diesen Einsatz für das Gemeinwesen nicht funktionieren. Wir danken allen engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern für ihre Mitwirkung zur Stärkung unseres Landes.

Die Menschen erwarten sichere Arbeitsplätze, faire Löhne, gerechte Steuern und einen spürbaren Abstand zwischen Arbeitseinkommen und Sozialleistungen. Gewerbetreibende, Selbstständige und Landwirte brauchen Freiheit, verlässliche Rahmenbedingungen, maßvolle Abgaben und gesellschaftliche Anerkennung. Steuerzahler erwarten einen Staat, der verantwortungsvoll mit ihrem Geld umgeht. Eltern wollen Familie und Beruf vereinbaren

II. Moderne Infrastrukturpolitik – Fundament einer starken Wirtschaftsregion

Moderne Infrastruktur ist keine Nebensache – sie ist die Grundlage von Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und gleichwertigen Lebensverhältnissen. Für die CDU Elbe-Weser war und ist deshalb klar: Nur wer in Straßen, Schienen, Wasserwege, Häfen und digitale Netze investiert, sichert Zukunft und Arbeitsplätze in unserer Region.

Unser Ziel ist es, den Elbe-Weser-Raum dauerhaft aus seiner geografischen Randlage herauszuführen und ihn eng mit den großen Wirtschafts- und Logistikzentren in Mittel- und Nordeuropa zu vernetzen. Die Lage zwischen Elbe, Weser und Nordsee eröffnet hervorragende nationale und internationale Anschlussmöglichkeiten – nach Skandinavien, in die Benelux-Staaten, nach Großbritannien,

können. Junge Menschen wollen Perspektiven in Ausbildung und Arbeit – in einer lebenswerten Umwelt. Ältere Menschen erwarten sichere Renten und Respekt vor ihrer Lebensleistung.

Sparer brauchen eine stabile Währung. Beschäftigte im öffentlichen Dienst wünschen sich weniger Regelungsdichte und mehr Wertschätzung – insbesondere in Erziehungs- und Sicherheitsberufen.

Menschen mit Behinderungen und kranke Menschen haben Anspruch auf Solidarität und eine sichere, bezahlbare Gesundheitsversorgung.

All diese Erwartungen nehmen wir ernst. Sie sind Maßstab unseres politischen Handelns. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

Osteuropa und zu den globalen Seehandelsrouten. Diese Chancen müssen konsequent genutzt werden.

Elbe und Weser sind dabei zentrale Verkehrsadern. Sie verbinden unsere Region mit den östlichen Bundesländern, dem Mittellandkanal und den Industriezentren entlang des Rheins. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist damit nicht nur regionaler Standortfaktor, sondern von nationaler Bedeutung.

Infrastrukturpolitik im Zeichen globaler Verantwortung

Die weltweiten Warenströme wachsen – insbesondere durch den weiter zunehmenden Containerverkehr. Die entscheidende Aufgabe moderner Infrastrukturpolitik besteht darin,

die Hafenhinterlandanbindungen zukunfts- fest auszubauen. Straßen, Schienen und Wasserwege müssen leistungsfähig, resilient und intelligent aufeinander abgestimmt sein. Nur so kann der Elbe-Weser-Raum seine Rolle als Logistikkreuzung ausbauen und dauerhaft Wertschöpfung sichern.

Dabei gewinnt auch die militärische Nutzung an Bedeutung. Die Sicherstellung leistungsfähiger Infrastruktur für den Umschlag und Transport militärischer Güter ist Teil unserer Verantwortung innerhalb des Bündnisses. Die Häfen in Bremerhaven und Cuxhaven müssen hierfür ertüchtigt werden. Die Küstenautobahn A 20, das Schienenkonzept Alpha E Plus und der Flughafen Nordholz haben eine strategische Schlüsselrolle. Die hierfür vorgesehenen Mittel aus dem Sondervermögen für die Verteidigung sind zielgerichtet einzusetzen.

Erfolge sichern – Chancen nutzen

Der Baubeginn der A 20-Abschnitte bei Westerstede und Bad Segeberg bestätigt das jahrzehntelange Engagement der CDU Elbe-Weser. Diese Autobahn ist eine Riesenchance für unsere Region. Gleiches gilt für den Anschluss der A 26 an die A 7, den Bau des Energieterminals im Hafen Stade sowie die zusätzlichen Liegeplätze im Hafen Cuxhaven. Diese Projekte sind konkrete Ergebnisse einer verlässlichen, durchsetzungsfähigen Infrastrukturpolitik – und sie zeigen: Engagement lohnt sich.

Unsere infrastrukturellen Prioritäten

Um den Elbe-Weser-Raum dauerhaft stark aufzustellen, setzen wir klare Schwerpunkte:

Straßenverkehr

Wir treiben die Weiterplanung und Realisierung der Küstenautobahn A 20 von Westerstede über den bestehenden Wesertunnel bei Dedesdorf und Bremervörde bis zur geplanten Elbquerung bei Drochtersen mit Anschluss an die A 26 entschlossen voran.

Der beschleunigte Bau der A 26 von Hamburg über Stade nach Drochtersen sowie die Planung und Umsetzung der Verbindung von der A 7 zur A 1 bei Stillhorn (Hafenquerspange) haben höchste Priorität. Der Bau des Elbtunnels im Zuge der A 20 bei Drochtersen einschließlich der Anschlussabschnitte ist zwingend erforderlich. Für den Abschnitt Bremervörde fordern wir einen zügigen Baubeginn.

Der Ausbau der A 281 inklusive eines zweiten Wesertunnels zur besseren Anbindung des Bremer Flughafens und der Gewerbegebiete wird ebenso vorangetrieben wie weitere Ortsumgehungen entlang der B 71, B 73, B 74 und B 3 – unter anderem für Ritterhude, Cadenberge, Zeven und Ketzendorf. Zudem setzen wir uns für den Neubau und die Sanierung zahlreicher Straßenbrücken ein.

Schienenverkehr

Ein leistungsfähiger Schienenverkehr ist Schlüssel für nachhaltige Mobilität und eine starke Logistikregion. Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bahn und nichtbundeseigenen Eisenbahnunternehmen, um den Nahverkehr verlässlicher und den Güterverkehr effizienter zu gestalten. Wir fordern die Modernisierung der Strecke Bremerhaven–Bremen–Hannover sowie den Ausbau zusätzlicher Gleise zwischen Hamburg-Harburg und Uelzen und den zweigleisigen Ausbau der Strecke Uelzen–Stendal zur Entlastung des Hafenhinterlandverkehrs. Die Optimierung der Bahnknoten Hamburg, Hamburg-Harburg und Bremen ist ebenso notwendig wie die Kapazitätserhöhung der Strecke Bremen–Wunstorf.

Der zweigleisige Ausbau der Strecke Rotenburg–Verden einschließlich der Rotenburger Kurve der EVB ist umzusetzen; ein zweigleisiger Ausbau der Strecke Nienburg–Minden ist zu überprüfen. Die Alpha-E-Variante Plus zur Verbesserung der Hafenhinterlandanbindung sowie der Ausbau der Amerikalinie

Bremen–Soltau müssen realisiert werden. Der Ausbau darf nicht zulasten der Kommunen gehen.

Wir unterstützen das Industriegleis für den Hafen Stade-Bützfleth und fordern die Elektrifizierung der Strecken Stade–Cuxhaven, Bremerhaven–Cuxhaven sowie der EVB-Strecke Bremerhaven–Rotenburg als zentralen Standortfaktor für Häfen und Industrie.

Stillgelegte Bahnverbindungen sollen – wo wirtschaftlich und verkehrspolitisch sinnvoll – reaktiviert werden. Der Moorexpress auf der Strecke Stade–Bremervörde–Osterholz–Bremen ist mit einem verlässlichen Regelfahrplan dauerhaft zu sichern. Zudem wollen wir den ÖPNV zwischen den Metropolregionen Hamburg und Bremen und ihren Umlandgebieten weiter verbessern. Ein flächendeckendes Bussystem, abgestimmt auf die Bahnfahrpläne, ist Grundlage steigender Fahrgastzahlen und muss in den Nahverkehrsplänen der Landkreise verbindlich verankert werden.

Häfen und Schifffahrt

Unsere Häfen sind wirtschaftliche Kraftzentren. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Umschlagskapazitäten in Bremerhaven, Cuxhaven und Stade ein und prüfen zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten für Offshore-, Multifunktions- und Mehrzweckhäfen sowie für militärische Nutzung.

Der Erfolg des Siemens-Gamesa-Standortes in Cuxhaven bestätigt diesen Kurs. Die drei zusätzlichen Liegeplätze für den Offshore-Basishafen sind ein klares Bekenntnis zu Industrie, Innovation und Arbeitsplätzen.

Die Außenweservertiefung unterstützen wir unter der Voraussetzung, dass Deichsicherheit und ökologische Standards gewährleistet sind und Bund und Länder Einigkeit über wasserwirtschaftliche Belange erzielen. Eine weitere Vertiefung der Unterelbe lehnen wir klar ab.

Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und die Modernisierung der Mittelweser für Großmotorgüterschiffe und zweilagigen Verkehr sind von überregionaler Bedeutung. Der Seehafen Stade-Bützfleth ist nach Fertigstellung des Flüssiggasterminals gezielt weiterzuentwickeln – einschließlich der Erweiterung des Nordhafens mit direkter Gleis- und Autobahnanbindung.

Luftverkehr

Regionale Flugplätze sollen weiterentwickelt werden, sofern dies wirtschaftlich tragfähig ist und das Gesamtkonzept der norddeutschen Luftverkehrsstruktur nicht beeinträchtigt. Bestehende Flugplätze brauchen verlässliche Planungsgrundlagen. Neue Wohnbaugebiete in unmittelbarer Nähe sind zur Vermeidung von Nutzungskonflikten nicht auszuweisen.

Radverkehr

Wir verbessern die bestehenden Fernradwege – darunter Elbe-, Weser- und Aller-Radweg, Deutsche Fährstraße sowie Störtebeker-, Elbe-Weser-Radweg – und bauen die Radwege in der gesamten Region systematisch aus. Dabei ist der Radverkehr auch als Bestandteil der Alltags- und Pendlermobilität stärker mitzudenken. Die kommunalen Netze der Landkreise sind besser zu verknüpfen, das Radwandern stärker zu bewerben und Radschnellwege von den Oberzentren in die Region zu realisieren.

Infrastruktur aus einer Hand denken

Erfolgreiche Verkehrspolitik braucht eine gemeinsame regionale Gesamtstrategie. Alle Verkehrsträger müssen zusammengedacht und aufeinander abgestimmt werden. Dabei ist die enge Zusammenarbeit mit den Stadtstaaten Hamburg und Bremen unverzichtbar, um leistungsfähige Anbindungen an die überregionalen Zentren dauerhaft zu sichern.

Unser Anspruch:

Moderne Infrastruktur ist kein Selbstzweck – sie ist der Schlüssel zu wirtschaftlicher Stärke, sicherer Mobilität und gleich-

wertigen Lebensverhältnissen im Elbe-Weser-Raum. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

III. Innovative Wirtschaft schafft und sichert Arbeit und Steuern

Wettbewerbsfähigkeit ist kein

Luxus – sie ist Voraussetzung

Neben der Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit ist die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland die zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung unserer Zeit. Das gilt in besonderem Maße für den Elbe-Weser-Raum. Unsere Region verfügt über eine außergewöhnliche wirtschaftliche Vielfalt: leistungsfähige Industrie, starke Häfen und Schifffahrt, innovative Technologiezentren, ein breites mittelständisches Handwerk und Gewerbe sowie eine leistungsfähige Landwirtschaft.

Alle Voraussetzungen sind vorhanden, damit der Elbe-Weser-Raum von einer Freisetzung wirtschaftlicher Dynamik überdurchschnittlich profitieren kann. Was es dafür braucht, ist politische Klarheit, Verlässlichkeit und der Mut, Wachstum wieder ausdrücklich zu wollen. Die Einbindung unserer Industrie- und Handelskammer Elbe-Weser, der Kammern und Verbände unserer Region und der sie tragenden Unternehmen und Persönlichkeiten halten wir für wichtig und notwendig.

Soziale Marktwirtschaft: Freiheit

vor Planung

Die CDU Elbe-Weser steht uneingeschränkt zur Sozialen Marktwirtschaft – dem weltweit erfolgreichsten Wirtschaftssystem, politisch durchgesetzt von unserem früheren Bundeskanzler Ludwig Erhard. Wohlstand entsteht nicht durch staatliche Planung, sondern durch Wettbewerb, Innovation und unterneh-

merische Freiheit.

Aufgabe der Politik ist es nicht, Märkte zu ersetzen, sondern verlässliche, nachhaltige und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen. Überregulierung, Detailsteuerung und Misstrauen gegenüber Unternehmen gefährden Wachstum, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

Arbeit ermöglichen – Potenziale nutzen

Ein funktionierender Arbeitsmarkt ist Grundlage wirtschaftlicher Stärke. Arbeitskräfte müssen durch Elternhaus, Schule, Berufsschulen, Hochschulen und Weiterbildung gut auf das Berufsleben vorbereitet sein und die Anforderungen des Arbeitsalltags annehmen können.

Auch im Elbe-Weser-Raum werden noch immer zu viele Menschen von sozialen Sicherungssystemen versorgt, obwohl sie grundsätzlich einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen könnten. Das ist weder sozial noch gerecht gegenüber denen, die arbeiten und Steuern zahlen. Arbeit muss sich lohnen – und sie muss eingefordert werden.

Die duale Ausbildung ist ein zentraler Erfolgsfaktor unseres Wirtschaftsmodells. Ihre Stärkung hat für uns hohe Priorität. Gleichzeitig gilt: Überregulierung schadet dem Ausbildungserfolg. Unternehmen müssen die Möglichkeit behalten, Ausbildungsinhalte flexibel an neue Anforderungen anzupassen. Auch die äußere Qualität unserer Schulen

spielt eine Rolle: Schulträger und Schulen sind gefordert, ein ansprechendes, motivierendes Lernumfeld zu schaffen.

Fachkräfte gewinnen – Lebensqualität sichern

Für die Gewinnung nationaler und internationaler Fachkräfte braucht es mehr als nur Arbeitsplätze. Eine offene Willkommenskultur, bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Kinderbetreuung, gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes sowie attraktive Freizeit- und Kulturangebote sind entscheidende Standortfaktoren.

Das Erscheinungsbild unserer Städte und Gemeinden spielt dabei eine zentrale Rolle. Verwahrloste oder verspraye Innenstädte wirken abschreckend. Wer qualifizierte Fachkräfte gewinnen will, muss für Ordnung, Sauberkeit und Lebensqualität sorgen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Verwaltung und Gesellschaft.

Bürokratie abbauen – Leistung ermöglichen

Bürokratieabbau wird seit Jahren gefordert – doch die Realität ist das Gegenteil. Überbordende Bürokratie beschädigt inzwischen massiv den Wirtschaftsstandort und verhindert Innovationen, bevor sie entstehen können.

Wir appellieren ausdrücklich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen, sich aktiv mit konstruktiven Vorschlägen am Bürokratieabbau zu beteiligen. Der starke Anstieg der Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Sektor ist kritisch zu hinterfragen. Auch Verwaltungen müssen ihre Effizienz und Produktivität steigern – nach denselben Maßstäben, die für private Unternehmen gelten.

Interne und externe kommunale Produktivitätsvergleiche können helfen, Leistungen transparenter zu machen und Verbesserungs-

potenziale zu erkennen.

Infrastruktur modernisieren – Stillstand beenden

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Grundvoraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung. Die Verteuerung des Straßenverkehrs durch Steuern und Maut hat bislang keine strukturellen Verbesserungen gebracht.

Die Infrastrukturpolitik der Bundesregierung muss auch im Elbe-Weser-Raum konsequent umgesetzt werden. Seit Jahrzehnten geplante Projekte wie die Autobahnen A 20 und A 26 müssen endlich realisiert werden. Die jahrelangen Verzögerungen haben Umwelt und Wirtschaft erheblich geschadet.

Infrastruktur darf dabei nicht kleinteilig gedacht werden. Maßnahmen müssen über kommunale Grenzen hinaus für die gesamte Region geplant und umgesetzt werden.

Bauen ermöglichen – Verfahren beschleunigen

Baugenehmigungen müssen deutlich schneller erteilt werden. Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel, Bauanträge innerhalb von drei Monaten zu entscheiden.

Genehmigungsbehörden sind aufgefordert, interne Verzögerungen konsequent abzubauen und den Fokus auf Umsetzung zu legen. Ermessensspielräume müssen im Zweifel zugunsten von Unternehmen und Arbeitsplätzen genutzt werden. Zusätzliche kommunale Sonderregelungen lehnen wir ab.

Überzogene oder widersprüchliche Brandschutz- und Denkmalschutzvorgaben sind dort zu überprüfen, wo sie Innovation und Wachstum unverhältnismäßig behindern.

Der Ausweis gut angebundener, bezahlbarer Gewerbeflächen ist konsequent voranzutreiben.

Energie und Mobilität bezahlbar halten

Energie und Mobilität müssen wieder bezahlbar werden. Zu hohe Energiekosten gefährden den Industriestandort Deutschland substantiell. Einnahmen aus Energiesteuern müssen ausschließlich zur Verbesserung der Energieinfrastruktur verwendet werden.

Der Umbau des Energiesystems hin zu klimaneutralen Energien darf nicht zu Netzengpässen führen. Genehmigungsverfahren für Umspannwerke sind deutlich zu beschleunigen.

Digitalisierung konsequent vorantreiben

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung braucht sichere Strom- und Datennetze, den weiteren Ausbau von Mobilfunkmasten, zusätzliche Speicherkapazitäten, den Abbau von Lücken beim Breitbandausbau und eine flächendeckende 5G-Versorgung.

Der steigende Einsatz Künstlicher Intelligenz wird das Datenvolumen weiter erhöhen. Dafür sind zusätzliche Rechenzentren notwendig. Der Elbe-Weser-Raum bietet hierfür erhebliche Standortvorteile. Diese Chancen wollen wir nutzen und entsprechende Genehmigungen zügig erteilen.

Resilienz stärken – Krisenfestigkeit sichern

Unternehmen und Infrastruktur müssen besser gegen hybride Bedrohungen und Terrorismus geschützt werden. Krisen- und Katastrophenschutzkonzepte in Verwaltung und Wirtschaft sind regelmäßig zu überprüfen.

Notstromaggregate sind für Verwaltung und Unternehmen unverzichtbar. Bei Vorrats- und Katastrophenschutzlagern sollen Wirtschaft und Kommunen eng zusammenarbeiten.

Steuerpolitik mit Augenmaß

Die CDU Elbe-Weser fordert eine verlässliche Steuerpolitik, die sich konsequent an der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts orientiert. Anhebungen der Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuern zur Lösung struktureller

Haushaltsprobleme lehnen wir ab.

Höhere Steuereinnahmen müssen durch Wachstum und Innovation entstehen. Kommunen und Landkreise tragen hierfür Mitverantwortung. Im Zuge der Grundsteuerreform wurde Aufkommensneutralität zugesagt. Nach Vorliegen der Bescheide ist zu prüfen, ob dieses Ziel erreicht wurde. Andernfalls sind Hebesätze nach unten anzupassen.

Wachstumspotenziale aktiv nutzen

Abhängig von geografischen, geologischen, historischen, demografischen, verkehrlichen und branchenspezifischen Faktoren ergeben sich im Elbe-Weser-Raum erhebliche Wachstumspotenziale. Wir wollen diese aktiv stärken – etwa beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei zusätzlichen Logistikkapazitäten, in den Tierzucht- und Vermarktungszentren in Verden und Bremervörde, in der Biotechnologie in Cuxhaven sowie beim weiteren Ausbau des Nordsee-Tourismus.

Bei der Entwicklung der Technologie um Carbonfaser verstärkte Kunststoffe (CFK) ist der Elbe-Weser-Raum mit dem Stader CFK Valley/Composites United einer der weltweit führenden Hotspots. Das 2004 in Stade-Ottenbeck gegründete Airbus Composites Technology Center (CTC) war dafür eine wichtige Voraussetzung. Die Auswirkungen der CFK-Technologie neben der Luftfahrt beispielsweise auf die Wasserstoffbranche und das Bauwesen sind derzeit erst in Anfängen umgesetzt und werden auch viele weitere Branchen verändern.

Die Nähe zur Küste und zu leistungsfähigen Häfen macht unsere Region besonders attraktiv für die Offshore-Windenergie. Niedersachsen – und insbesondere der Elbe-Weser-Raum – ist Energieland. Die Ansiedlung von Siemens Gamesa in Cuxhaven ist ein wichtiger Schritt, darf aber nicht der letzte bleiben. Eine aktive, regionsübergreifende Wirtschafts-

förderung ist dafür unerlässlich. Die Landkreise sind aufgefordert, entsprechende Konzepte weiterzuentwickeln und den Elbe-Weser-Raum als Einheit zu vermarkten.

Kooperationen stärken – fair und ausgewogen

Länderübergreifende Initiativen wie die Metropolregionen Hamburg und Bremen/Oldenburg, die Wachstumsinitiative Süderelbe oder der Kommunalverbund Bremen–Niedersachsen wollen wir weiter stärken. Dabei muss das Verhältnis von Nutzen und Kosten dauerhaft ausgewogen bleiben. Metropole und Umland müssen fair voneinander profitieren.

Partnerschaften nutzen – pragmatisch handeln

Public-Private-Partnership-Projekte, wie sie in der Vergangenheit etwa beim Neubau der Justizvollzugsanstalt in Bremervörde oder bei Schulneubauten umgesetzt wurden, stehen wir bei geeigneten Infrastruktur- und Hochbauprojekten offen gegenüber.

Wasserstoffregion Elbe-Weser konsequent ausbauen

Der Elbe-Weser-Raum wird Vorreiter bei der Nutzung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien. Stade entwickelt sich mit dem Projekt „Hanseatic Hydrogen“ zu einem zentralen Wasserstoff-Hub in Norddeutschland. Bis 2028 ist eine 100-MW-Elektrolyseanlage geplant, angebunden an das künftige Wasserstoff-Kernnetz und ergänzt durch ein Wasserstoff-Forschungszentrum (H2AM).

Als Siegerregion des Bundeswettbewerbs „HyLand“ wird das große Potenzial unserer Region anerkannt: Kavernenspeicher, industrielle Kompetenz, Windenergie, Häfen und bestehende Infrastruktur bieten hervorragende Voraussetzungen für die Erzeugung, Speicherung und Nutzung von grünem Wasserstoff.

Projekte in Bremervörde, Osterholz-Scharm-

beck und Stade zeigen bereits heute die Bandbreite dieser Entwicklung. Dass der weltweit erste wasserstoffbetriebene Zug im Elbe-Weser-Raum fährt und in Osterholz wasserstoffbetriebene Kehrmaschinen und Müllfahrzeuge produziert werden, ist kein Zufall. Diese Entwicklung werden wir weiter forcieren.

LNG-Terminal als Brücke in die Zukunft

Das LNG-Terminal in Stade leistet einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Energie- und Rohstoffbasis Deutschlands. Die Weiterentwicklung hin zu klimaneutralen Energieträgern unterstützen wir ausdrücklich. Der Bau des landseitigen Onshore-Terminals durch die Hanseatic Energy Hub GmbH schreitet planmäßig voran, eine Inbetriebnahme wird für 2028 angestrebt. Ziel ist es, die größte LNG-Infrastruktur Deutschlands zu schaffen – perspektivisch auch für Wasserstoff.

Vor dem Hintergrund der Bundespläne für bis zu 20 GW neue Gaskraftwerke fordert die CDU Elbe-Weser den Bau eines Gaskraftwerks am Standort Stade, gestützt auf das LNG-Terminal als Versorgungsbasis.

Unser Anspruch

Wirtschaftspolitik ist Zukunftspolitik. Wir setzen auf Innovation statt Stillstand, auf Vertrauen statt Misstrauen und auf Wachstum statt Verzicht.

Der Elbe-Weser-Raum hat das Potenzial, auch in Zukunft eine starke Wirtschaftsregion zu sein – wenn Politik den Mut hat, Entwicklung zuzulassen. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

IV. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Innovation

Fortschritt gestalten – nicht blockieren

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind keine Zukunftsvision mehr – sie sind Realität. Sie verändern Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Gesellschaft grundlegend. Für die CDU Elbe-Weser ist klar: Wer den technischen Fortschritt aus Angst oder Ideologie blockiert, gefährdet Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und staatliche Handlungsfähigkeit.

Unser Anspruch ist es, Digitalisierung aktiv zu gestalten – verantwortungsvoll, freiheitsorientiert und zum Nutzen der Menschen. Technik ist kein Selbstzweck, sondern Werkzeug. Richtig eingesetzt, schafft sie Effizienz, Entlastung und neue Chancen – gerade im ländlichen Raum.

Digitale Infrastruktur: Voraussetzung für Freiheit und Wachstum

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für moderne Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Glasfaser und Mobilfunk sind die Verkehrswege des 21. Jahrhunderts. Der Elbe-Weser-Raum darf hier nicht abgehängt werden.

Wir setzen uns für einen flächendeckenden Ausbau von Glasfaser bis ins Haus (FTTH) und leistungsfähigen Mobilfunk ein – auch in dünn besiedelten Gebieten. Wirtschaftliche Tragfähigkeit und Förderprogramme müssen sinnvoll miteinander verzahnt werden. Wo Markt und Förderung an Grenzen stoßen, braucht es pragmatische Lösungen statt jahrelanger Planungsdebatten.

Digitale Netze sind Teil der Daseinsvorsorge. Sie entscheiden darüber, ob Unternehmen investieren, Fachkräfte bleiben und neue Ar-

beitsmodelle möglich werden.

Digitalisierung der Verwaltung: Vom Amt zum Dienstleister

Der Staat muss digitaler, schneller und serviceorientierter werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erwarten zu Recht, dass Verwaltungsleistungen einfach, transparent und medienbruchfrei verfügbar sind.

Wir wollen eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung – von der Kommune bis zum Land. Verwaltungsprozesse müssen standardisiert, beschleunigt und nutzerfreundlich gestaltet werden. Digitale Verfahren ersetzen Papier, nicht umgekehrt. Datensicherheit und Datenschutz sind dabei unverzichtbar, dürfen aber nicht als Vorwand für Stillstand missbraucht werden.

Ziel ist eine Verwaltung, die als Dienstleister auftritt – effizient, erreichbar und verlässlich.

Künstliche Intelligenz: Chancen nutzen, Verantwortung übernehmen

Künstliche Intelligenz ist eine Schlüsseltechnologie unserer Zeit. Sie bietet enorme Potenziale für Wirtschaft, Medizin, Mobilität, Energie, Landwirtschaft und Verwaltung. Der Elbe-Weser-Raum soll diese Chancen nutzen – mutig, praxisnah und technologieoffen.

KI kann Prozesse optimieren, Fachkräfte entlasten und Qualität verbessern. Gerade im Mittelstand und in der öffentlichen Verwaltung liegt enormes Potenzial. Wir setzen uns dafür ein, KI-Anwendungen gezielt zu fördern, Pilotprojekte zu ermöglichen und Hemmnisse abzubauen.

Dabei gilt: Regulierung darf Innovation nicht

ersticken. Der europäische Ansatz muss Maß und Augenmaß wahren. Wir brauchen klare Regeln – aber keine Überregulierung, die Entwicklung verhindert, bevor sie beginnt.

Forschung, Innovation und Transfer stärken
Innovationen entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie brauchen starke Hochschulen, Forschungseinrichtungen und funktionierende Transferstrukturen. Der Elbe-Weser-Raum verfügt über wertvolle Kompetenzen, die weiter gestärkt und besser vernetzt werden müssen.

Wir setzen uns für den Ausbau anwendungsorientierter Forschung, den Technologietransfer in den Mittelstand und die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung ein. Innovationszentren, Reallabore und Modellregionen sind dabei zentrale Instrumente.

Digitale Innovation muss in der Fläche ankommen – nicht nur in Metropolen.

Bildung für das digitale Zeitalter
Digitale Kompetenz ist eine Schlüsselqualifikation. Sie beginnt in der Schule und setzt sich in Ausbildung, Studium und Weiterbildung fort. Wir wollen digitale Bildung stärken – praxisnah, altersgerecht und leistungsorientiert. Dazu gehören moderne IT-Ausstattung, leistungsfähige Netze, qualifizierte Lehrkräfte und zeitgemäße Lehrkonzepte. Programmieren, Medienkompetenz und ein verantwortungsvoller Umgang mit digitalen Technologien müssen selbstverständlicher Bestandteil der Bildung sein.

Lebenslanges Lernen ist im digitalen Zeitalter kein Schlagwort, sondern Notwendigkeit. Wir unterstützen Weiterbildungsangebote, Umschulungen und Qualifizierungsmaßnahmen, die Menschen befähigen, mit technologischem Wandel Schritt zu halten.

Digitalisierung in der Gesundheits- und Pflegeversorgung

Gerade im ländlichen Raum kann Digitalisierung Versorgung sichern. Telemedizin, digitale Gesundheitsanwendungen und vernetzte Pflegeangebote entlasten Fachkräfte und verbessern die Versorgung von Patientinnen und Patienten.

Wir setzen uns für den Abbau bürokratischer Hürden und eine praxisnahe Einführung digitaler Lösungen im Gesundheitswesen ein – immer mit Blick auf Datenschutz, Datensicherheit und den konkreten Nutzen für Betroffene.

Landwirtschaft, Umwelt und Digitalisierung zusammendenken

Digitale Technologien bieten auch in Landwirtschaft und Umweltmanagement große Chancen. Präzisionslandwirtschaft, digitale Steuerung von Ressourcen und datenbasierte Entscheidungen können Erträge sichern, Umwelt schützen und Arbeit erleichtern.

Wir unterstützen den Einsatz digitaler Technologien in der Landwirtschaft ausdrücklich – technologieoffen und praxisnah. Ideologisch motivierte Technikfeindlichkeit hilft weder den Betrieben noch der Umwelt.

Sicherheit und digitale Souveränität

Mit wachsender Digitalisierung steigen auch die Anforderungen an IT-Sicherheit. Der Schutz kritischer Infrastrukturen, sensibler Daten und digitaler Systeme ist zentrale staatliche Aufgabe.

Wir setzen uns für klare Sicherheitsstandards, robuste Systeme und eine Stärkung digitaler Souveränität ein – ohne dabei Innovation zu blockieren. Sicherheit und Freiheit gehören zusammen.

Unser Anspruch

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind Werkzeuge für Fortschritt – wenn man sie

lässt. Wir setzen auf Mut, Verantwortung und Gestaltungswillen statt auf Angst und Verbote.

Der Elbe-Weser-Raum soll Modellregion für eine moderne, freiheitsorientierte Digital-

V. Mobilität im Elbe-Weser-Raum – digital, verlässlich, technologieoffen

Mobilität ist Freiheit

Verlässliche Erreichbarkeit ist die Grundlage unserer Verkehrspolitik – gerade im ländlich geprägten Elbe-Weser-Raum. Mobilität bedeutet Freiheit, Teilhabe und Lebensqualität. Wer arbeiten, lernen, einkaufen oder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen will, muss sich auf funktionierende Verkehrsangebote verlassen können. Darauf haben die Menschen in unserer Region einen berechtigten Anspruch.

Deshalb denken wir Mobilität neu: digital vernetzt, klimaverträglich und passgenau für die besonderen Anforderungen des Elbe-Weser-Raums.

Technologieoffenheit statt Ideologie

Die Zukunft der Mobilität liegt in Innovation und Technologieoffenheit. Einseitige Festlegungen lehnen wir ab. Autonomes Fahren eröffnet große Chancen – insbesondere für den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum, wo klassische Linienverkehre an ihre Grenzen stoßen.

Nach dem flächendeckenden Ausbau von 5G wollen wir im Elbe-Weser-Raum gezielt Modellprojekte und Modellkommunen für autonomen Verkehr etablieren. Neue Technologien sollen hier nicht verhindert, sondern erprobt und angewendet werden.

politik werden – wirtschaftsstark, bürgernah und zukunftsfähig. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

Digitalisierung schafft neue Mobilitätsketten

Digitalisierung ermöglicht neue Formen der Mobilität: individueller, effizienter und umweltfreundlicher. On-Demand-Angebote oder App-basierte Angebote, die Bus und Bahn mit Rufbussen, Bürgerbussen, Car-Sharing, Leihfahrrädern und E-Rollern verknüpfen. So entstehen flexible Mobilitätsketten, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Der öffentliche Personennahverkehr bleibt dabei das Rückgrat der Mobilität. Er wird flächendeckend als Basisangebot gestärkt. Auf schwächer ausgelasteten Strecken setzen wir ergänzend auf flexible Lösungen wie Rufbus- und Bürgerbusangebote. Mobilität darf nicht an Fahrplänen scheitern, sondern muss sich am Alltag der Menschen orientieren.

Pendlerregion ernst nehmen

Der Elbe-Weser-Raum ist eine ausgeprägte Pendlerregion mit enger Anbindung an die Oberzentren. Unsere Mobilitätskonzepte richten wir konsequent an diesen Pendlerströmen aus.

Der erfolgreiche Einsatz von Wasserstoffzügen bei den Eisenbahnen und Verkehrsbetrieben Elbe-Weser (EVB) zeigt eindrucksvoll: Klimafreundliche Antriebe funktionieren – auch im Regelbetrieb. Über die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) wollen wir Wasserstoffzüge „Made in Niedersachsen“

künftig auch auf weiteren Strecken einsetzen. Gleichzeitig setzen wir dort, wo es sinnvoll und leistungsfähig ist, auf die Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene. Eine starke Schiene entlastet Straßen, schützt das Klima und stärkt den Wirtschaftsstandort.

Ordnung im öffentlichen Raum

Neue Mobilitätsangebote brauchen klare Regeln. Mobilität funktioniert nur, wenn alle Verkehrsteilnehmenden berücksichtigt werden und der öffentliche Raum geordnet bleibt.

Bund, Land und Kommunen sind gemeinsam gefordert, ein abgestimmtes Gesamtkonzept zu entwickeln, das Innovation ermöglicht, aber zugleich Verlässlichkeit, Sicherheit und Fairness gewährleistet.

Nahverkehr aus einem Guss

Die Landkreise im Elbe-Weser-Raum werden diese innovativen Mobilitätsansätze in ihren Nahverkehrsplänen umsetzen. Dabei ist die enge Verknüpfung des ländlich geprägten ÖPNV – in Verantwortung der Landkreise – mit dem schienenengebundenen SPNV – in Verantwortung der Länder – zwingend zu berücksichtigen.

Voraussetzung für einen funktionierenden Nahverkehr ist die Sicherstellung von Verlässlichkeit und Pünktlichkeit im S-Bahn- und Re-

gionalverkehr. Ebenso notwendig ist eine enge Anbindung des Nahverkehrs an den Fernverkehr in den Oberzentren.

Nur wenn alle Bausteine ineinandergreifen, entsteht eine leistungsfähige öffentliche Nahverkehrsinfrastruktur für den ländlichen Raum. Genau das erwarten die Menschen und die Wirtschaft im Elbe-Weser-Raum – zu Recht:

Radverkehr und Mikromobilität gezielt ausbauen

Radverkehr und Mikromobilität sind wichtige Bestandteile moderner Mobilität. Wir stärken sie durch vorausschauende Verkehrsplanung und den gezielten Ausbau von Radschnellwegen.

Sie sind attraktiv, kosteneffizient und klimafreundlich – und brauchen insbesondere in unseren Städten ausreichend Raum. Dabei setzen wir auf ein ausgewogenes Miteinander aller Verkehrsträger statt auf ideologische Verdrängung.

Unser Anspruch

Eine moderne Mobilität für den Elbe-Weser-Raum, die Freiheit sichert, das Klima schützt und Stadt und Land gleichermaßen verbindet.

Digital. Verlässlich. Technologieoffen. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

Chancen verantwortungsvoll zu nutzen – für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung, die Wohlstand und gute Arbeitsplätze in unserer Heimat sichert.

Unsere Energiepolitik verbindet Klimaschutz mit Wirtschaftskraft, Fortschritt mit Pragmatismus und Innovation mit Verantwortung.

Wir wollen die Energiewende aktiv gestalten: **technologieoffen, regional verankert und bürgernah.**

1. Technologieoffenheit statt Ideologie

Für uns gilt ein klarer Grundsatz: Alle klimafreundlichen und systemdienlichen Technologien gehören ins Energiesystem.

Wir setzen auf Offenheit für Innovationen statt ideologischer Verengung. Windenergie, Solarenergie, Biogas, Wasserstoff, Speichertechnologien und moderne, steuerbare Kraftwerke müssen zusammenspielen, um Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Unser Maßstab ist klar: **Pragmatismus vor Dogmatismus.**

Schnell realisierbare, wirtschaftlich sinnvolle Projekte haben Vorrang vor jahrelangen Planungsverfahren. Fortschritt muss sichtbar werden – nicht blockiert.

2. Erneuerbare Energien intelligent und verantwortungsvoll ausbauen

Die Elbe-Weser-Region verfügt über hervorragende Voraussetzungen für erneuerbare Energien. Wir wollen diese Potenziale konsequent, aber mit Augenmaß nutzen:

- Repowering bestehender Windkraftanlagen mit leistungsfähigeren, moderneren Anlagen
- eine Photovoltaik-Offensive auf kommunalen Gebäuden, Gewerbedächern und in Bürgerprojekten
- gezielte Beratung und Förderung privater Investitionen
- konstruktive Begleitung von Projekten durch Kommunen und Verwaltungen

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf **Speichertechnologien**. Wasserstoff, Batteriespeicher und innovative Lösungen zur Sektorkopplung von Strom, Wärme und Mobilität sind das Rückgrat einer verlässlichen Energieversor-

gung und müssen gezielt ausgebaut werden. Gleichzeitig fordern wir den Wegfall unnötiger Kohärenz-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beim Ausbau erneuerbarer Energien. Die Nutzung von Biomasse, Sonne und Wind dient dem Klimaschutz per se und darf nicht durch bürokratische Auflagen blockiert werden, die bei knapper Fläche kaum noch umsetzbar und teils kontraproduktiv sind.

3. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleisten

Die Energiewende kann nur gelingen, sofern Energie jederzeit verfügbar, dauerhaft bezahlbar und verlässlich bleibt.

Dafür braucht es:

- den konsequenten Ausbau der Strom- und Wasserstoffnetze,
- leistungsfähige Speicherlösungen,
- sowie steuerbare Kraftwerke als Ergänzung zu Wind und Sonne.

Die CDU Elbe-Weser setzt sich auf Bundes- und Landesebene ein für:

- eine spürbare Senkung von Stromsteuer und Netzentgelten,
- einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis
- und verlässliche Investitionsbedingungen für kommunale und private Akteure.

Nur mit stabilen Rahmenbedingungen bleiben Wertschöpfung, Arbeitsplätze und industrielle Stärke in unserer Region erhalten.

4. Häfen als Herzstück der Energiewende

Unsere Seehäfen sind zentrale Knotenpunkte der Energiewende – insbesondere Cuxhaven mit dem Deutschen Offshore-Industrie-Zentrum (DOIZ) sowie Stade mit seinem Chemie- und Energiecluster.

Hier entstehen Zukunftsarbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung für ganz Deutschland:

VI. Energie für Mensch, Umwelt und Wirtschaft

Die Kraft der Natur nutzen – Zukunft aus der Region Elbe-Weser

Die Elbe-Weser-Region ist eine Schlüsselregion der Energiewende. Zwischen Nordsee, Elbe und Weser treffen natürliche Standortvorteile auf industrielle Stärke, technisches Know-how und den Innovationsgeist engagierter Menschen. Die CDU Elbe-Weser steht dafür, diese

- rund 300 Millionen Euro fließen in den Ausbau der Hafeninfrastruktur in Cuxhaven, getragen von Bund, Land und Wirtschaft,
- neue Liegeplätze, Terminals und Montageflächen schaffen Kapazitäten für die Offshore-Windindustrie,
- Unternehmen wie Siemens Gamesa sichern mehr als 1.000 Arbeitsplätze in der Region,
- über die Hälfte der in Deutschland installierten Rotorblätter kommen über Cuxhaven.

Unsere Häfen sind damit nicht nur wirtschaftliche Motoren, sondern auch Garanten für nationale Versorgungssicherheit und Magneten für weitere Unternehmensansiedlungen.

Cuxhaven, Stade und die Küstenhäfen sind Drehscheiben für Energieimporte, Wasserstoff und Offshore-Technologie – das Herz der Energiewende **made in Niedersachsen und Elbe-Weser**.

5. Wasserstoffregion Elbe-Weser – Energie speichern, Zukunft schaffen

Die Elbe-Weser-Region hat beste Voraussetzungen, eine führende Wasserstoffregion Europas zu werden. Mit dem Netzwerk **H2.N.O.N** (Wasserstoffnetzwerk Nordostniedersachsen), in dem über 160 Unternehmen, Kommunen und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten, entsteht eine vollständige Wertschöpfungskette:

- grüner Wasserstoff aus Wind- und Solarenergie,
- Kavernenspeicher in regionalen Salzstöcken,
- Transport- und Verteilnetze für Industrie und Mobilität,
- Koordination durch leistungsfähige Netzwerke und Transferzentren.

Diese Infrastruktur ermöglicht klimaneutrale Produktion, schafft neue Arbeitsplätze, sichert Investitionen und stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Region.

6. Regionale Wertschöpfung und Bürgerbeteiligung stärken

Die CDU Elbe-Weser steht für eine Energiewende **mit den Menschen, nicht gegen sie**.

Wir fördern Bürgerenergie-Genossenschaften, kommunale Beteiligungsmodelle und lokale Partnerschaften, damit Wertschöpfung in der Region bleibt und Akzeptanz wächst.

Kommunen, Landwirte, Unternehmen und Bürger sollen gleichermaßen profitieren – durch Beteiligungen, Pachteinnahmen und neue Arbeitsplätze.

Gleichzeitig setzen wir auf gezielte Fachkräfteentwicklung in Schulen, im Handwerk und an Hochschulen, um junge Menschen für Zukunftsberufe in der Energiewirtschaft zu begeistern.

7. Kurskorrektur bei der Energiewende

Die aktuelle Energiepolitik von Rot-Grün in Hannover hat zu Planungschaos, Verunsicherung und steigenden Kosten geführt. Die CDU Elbe-Weser fordert eine klare Kurskorrektur: weniger Ideologie, mehr Vernunft, Planungssicherheit und regionale Entscheidungsfreiheit.

Unsere Energiepolitik folgt klaren Prinzipien:

- Technologieoffenheit statt Verbote
- Pragmatismus statt Ideologie
- Regionale Verantwortung statt zentraler Bevormundung
- Marktwirtschaftliche Steuerung statt Subventionspolitik

Unser Anspruch

Elbe-Weser – wo Natur, Wirtschaft und Innovation zusammenwirken.

Hier entsteht die Energiezukunft Deutschlands: sauber, sicher und regional verankert. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

VII. Nachhaltigkeit und Klimaschutz – Megathemen unserer Zeit

Verantwortung für die Schöpfung.

Verantwortung für die Menschen.

Für Christliche Demokraten hat die Bewahrung der Schöpfung einen überragenden Stellenwert. Klimaschutz ist kein Modethema, sondern Ausdruck von Verantwortung – gegenüber kommenden Generationen und gegenüber den Menschen, die heute von ihrer Arbeit leben.

Während rechte politische Kräfte den Klimawandel leugnen, verengen viele links-grüne Vertreter die Debatte auf einseitige Schuldzuweisungen. Sie blenden zentrale Ursachen wie das weltweite Bevölkerungswachstum aus und machen pauschal Wirtschaft und Landwirtschaft verantwortlich. Diesen Weg gehen wir nicht.

Der Klimawandel ist Realität. Er ist ein globales Phänomen und kann nur durch globale Strategien aufgehalten oder zumindest verlangsamt werden. Gleichzeitig müssen wir lernen, mit seinen Folgen umzugehen. Dazu braucht es realistische Konzepte, keine moralischen Appelle.

Unser Ziel ist es, im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaften und verantwortungsvolles Verbraucherverhalten zu fördern – ohne die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu zerstören. Eine übermäßige Verteuerung von Energie gefährdet unseren Industriestandort. Ein Rückzug der Industrie aus Deutschland würde gerade den Elbe-Weser-Raum hart treffen – ohne dem Klima zu nutzen.

Klimaschutz braucht Fakten und Maß

Klimaschutz ist eines der Megathemen unserer Zeit. Klimagase wie CO₂ und Methan verur-

sachen einen Wärmestau und lassen die Temperaturen steigen. Die Emission dieser Gase muss reduziert werden – insbesondere, um das Überschreiten sogenannter Kipp-Punkte und die damit verbundenen sich selbst verstärkenden Dominoeffekte der Erderwärmung zu vermeiden.

Dabei gilt: Klimaschutz gelingt nur mit Sachlichkeit, Augenmaß und langfristiger Perspektive.

Technologie, Innovation und regionale Wertschöpfung

Klimaschutz kann nur mit und durch technologischen Fortschritt und Ingenieurskunst gelingen. Beides ist im Elbe-Weser-Raum überdurchschnittlich stark ausgeprägt – insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien.

Die Erreichung von Treibhausgasminderungszielen lässt sich konkret mit nachhaltiger Wertschöpfung im ländlichen Raum verbinden. Neben dem Ausbau von Wind- und Solarenergie zählt dazu insbesondere die verstärkte Nutzung von Biogas durch die Erzeugung von reinem Biomethan für den Energie- und Verkehrssektor.

Die Nutzung bislang häufig abgeregelter Strommengen aus erneuerbaren Energien zur dezentralen Wasserstofferzeugung sowie die biologische Methanisierung von Wasserstoff eröffnen vielversprechende Perspektiven für Speichertechnologien. Die zusätzliche Bindung von CO₂ verbessert zugleich die Klimabilanz von Biogasanlagen erheblich.

Die CDU Elbe-Weser setzt sich ausdrücklich für die Weiterentwicklung dieser Biogastech-

nologien ein – auch mit Blick auf die Zeit nach dem Auslaufen der EEG-Förderungen. Ziel ist es, Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum dauerhaft zu sichern.

Moore schützen – Heimat erhalten

Intakte Hoch- und Niedermoore leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Gleichzeitig sind sie Lebens- und Wirtschaftsraum. Moorschutz darf deshalb nicht gegen die Menschen vor Ort betrieben werden.

Die Moore zwischen Elbe und Weser prägen unsere Kulturlandschaft seit Generationen. Sie sind Grundlage für landwirtschaftliche Familienbetriebe – insbesondere für die Milchviehwirtschaft, die ein zentraler Pfeiler der regionalen Wertschöpfung ist.

Moorschutzstrategien müssen die Menschen in den Mooregebieten und die dort tätigen Landwirte zwingend einbeziehen. Moore sind wichtige Wasserspeicher und leisten einen Beitrag zum Hochwasserschutz. Eine reine Wiedervernässungsstrategie greift jedoch zu kurz. Notwendig sind zusätzliche Konzepte, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte zusammenführen.

Keine pauschale Wiedervernässung ohne Augenmaß

Die CDU Elbe-Weser sieht pauschale Wiedervernässungsprogramme kritisch. Eine großflächige Umwandlung landwirtschaftlich genutzter Moorflächen gefährdet zahlreiche Milchviehbetriebe, Arbeitsplätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette und die regionale Lebensmittelproduktion – und damit auch die Ernährungssicherheit in Deutschland.

Eine Wiedervernässung ohne Differenzierung führt in vielen Fällen dazu, dass Flächen dauerhaft nicht mehr landwirtschaftlich nutzbar sind. Für viele Betriebe bedeutet das den Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Landwirtschaft hat Vorrang vor Ideologie

Die CDU Elbe-Weser steht klar an der Seite der landwirtschaftlichen Familienbetriebe. Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht ideologisch, sondern müssen praxisnah, wirtschaftlich tragfähig und freiwillig gestaltet werden.

Unsere Grundsätze sind klar:

- kein Zwang zur Wiedervernässung landwirtschaftlicher Nutzflächen,
- kein Strukturbruch in der Milchviehwirtschaft und
- kein Klimaschutz gegen die Betriebe, sondern nur mit ihnen.

Landwirte sind keine Klimasünder. Sie sind Teil der Lösung.

Freiwilligkeit statt Zwang

Wo Wiedervernässung im Einzelfall sinnvoll und gewünscht ist, muss sie ausschließlich auf freiwilliger Basis erfolgen.

Dafür fordern wir:

- freiwillige Programme mit fairer und langfristiger Entschädigung,
- rechtssichere Verträge für betroffene Betriebe,
- keine Enteignung durch die Hintertür,
- klare Zusagen zu Dauer, Nutzungsmöglichkeiten und Folgen sowie
- wissenschaftlich ergebnisoffene Analysen wiedervernässter Flächen.

Ohne tragfähige wirtschaftliche Alternativen darf es keine Umnutzung geben.

Klimaschutz im Mooregebiet – pragmatisch statt ideologisch

Wir setzen auf Lösungen, die Klimaschutz und Landwirtschaft verbinden, wie optimiertes Wassermanagement statt vollständiger Wiedervernässung, Förderung humuserhaltender Bewirtschaftungsformen, technische Innovationen zur Emissionsminderung, Unterstützung von Forschung und Praxisversuchen

gemeinsam mit Landwirten und Anerkennung bereits erbrachter Klimaschutzleistungen der Betriebe.

Klimaschutz braucht regionale Lösungen für den Elbe-Weser-Raum – keine pauschalen Bundesvorgaben.

Natur- und Artenschutz gemeinsam gestalten

Für Natur-, Arten- und Gewässerschutz begrüßt die CDU Elbe-Weser die Einigung auf den „Niedersächsischen Weg“. Die vielfältige Landschaft unserer Region – vom Wattenmeer über Marschen, Moore und Geest bis in die Heide – erfordert differenzierte Schutz- und Pflegemaßnahmen.

Wir sind überzeugt: Naturschutz gelingt nur im Miteinander. Grundeigentümer, Bewirtschafter, Ehrenamt, Verbände und Behörden müssen gemeinsam handeln. Dieses Miteinander ist das Fundament des „Niedersächsischen Weges“.

Wir werben für eine aktive Begleitung der weiteren Ausgestaltung in Arbeitsgruppen – insbesondere auf Ebene der Landkreise – gemeinsam mit den Praktikerinnen und Praktikern aus Landwirtschaft und Naturschutz. Darin sehen wir eine große Chance für ein verbessertes Miteinander aller Naturnutzer, einschließlich Jägern und Anglern.

Ehrenamt stärken – Engagement würdigen

Das ehrenamtliche Engagement im Artenschutz verdient höchste Anerkennung. Maßnahmen wie die Anlage naturnaher Gewässer, Hecken und Blühstreifen, der Schutz heimischer Wiesenvögel und viele weitere Projekte sind unverzichtbar.

Bewährt haben sich Naturschutzfonds auf Landkreisebene für konkrete Maßnahmen. Auf die Erhebung der Jagdsteuer sollte verzichtet werden – oder die Mittel sind zweckgebunden

für Naturschutzaufgaben einzusetzen.

Küsten-, Deich- und Wasserschutz sichern

Der Schutz hinter den Deichen an Küste, Elbe und Weser muss dauerhaft gewährleistet bleiben. Deichschäfer leisten hierfür einen unverzichtbaren Beitrag. Der zunehmenden Prädation durch die unregelmäßige Ausbreitung des Wolfs müssen wirksame Maßnahmen entgegengesetzt werden – dazu zählen Herdenschutzzäune, ausreichende Schutzzonen entlang der Hauptdeichlinie sowie Vergrämung und notfalls Bejagung.

Grund- und Trinkwasserschutz haben für uns hohe Priorität. Wir begrüßen die Berücksichtigung von Emissions- neben Immissionswerten bei der Ausweisung nitratsensibler Gebiete. Zur weiteren Verbesserung des Wasserschutzes fordern wir eine Ausweitung des Messnetzes mit regional differenziertem Zuschnitt. Das ermöglicht eine zielgenauere und kooperative Umsetzung gemeinsam mit der Landwirtschaft und den Wasserversorgern.

Statt der Landwirtschaft immer weitere Flächen durch Kompensationsmaßnahmen zu entziehen, fordern wir eine lenkende Flächenstrategie. Ziel ist die ökologische Aufwertung bereits bestehender Ausgleichs-, Wald- und anderer Flächen.

Unser Anspruch

Die CDU Elbe-Weser steht für Klimaschutz mit Verantwortung, für den Schutz landwirtschaftlicher Betriebe und für eine nachhaltige Nutzung unserer einzigartigen Moor- und Kulturlandschaften.

Klimaschutz muss im ländlichen Raum Akzeptanz finden – nur dann ist er dauerhaft wirksam.

Moorschutz ja – aber nicht gegen die Menschen, die hier leben und wirtschaften. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

VIII. Agrar- und Ernährungswirtschaft: im nationalen Interesse – für mehr Miteinander mit der Landwirtschaft!

Die sichere Versorgung der Menschen mit hochwertigen Lebensmitteln ist eine Frage der nationalen Verantwortung. Gerade vor dem Hintergrund globaler Krisen, geopolitischer Spannungen und instabiler Lieferketten ist klar: Ernährungssicherheit ist kein Selbstläufer. Der Elbe-Weser-Raum leistet hierzu einen zentralen Beitrag für ganz Deutschland.

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist ein strukturprägender Wirtschaftsbereich unserer Region. Mittelständisch geprägte Familienbetriebe erzeugen hier sichere, gesunde und hochwertige Lebensmittel – verantwortungsvoll, effizient und im Einklang mit Natur- und Tierschutz. Diese Leistung verdient Anerkennung, Vertrauen und politische Rückendeckung. Lebensmittel aus unserer Region verdienen darüber hinaus angemessene Preise und Wertschätzung. Im Rahmen der Schulausbildung sind diese Themen als Lerninhalte zu vermitteln.

Landwirtschaft stärken – Fortschritt ermöglichen

Eine wachsende Weltbevölkerung bei gleichzeitig sinkender landwirtschaftlicher Nutzfläche erfordert Effizienz, Innovation und technologischen Fortschritt. Die CDU Elbe-Weser steht klar zur Nutzung moderner Züchtungsmethoden – einschließlich neuer genomischer Verfahren wie CRISPR-Cas. Wissenschaft und Forschung müssen in Deutschland möglich bleiben. Ideologische Blockaden gefährden unsere Wettbewerbsfähigkeit und treiben Innovation ins Ausland.

Die Landwirtschaft im Elbe-Weser-Raum hat in den vergangenen Jahren erhebliche Produkti-

vitätsfortschritte erzielt und gleichzeitig zur globalen Ernährungssicherheit beigetragen. Mit leistungsfähigen Familienbetrieben, hoher fachlicher Kompetenz, ausgezeichnetem Ausbildungsniveau und gewachsenen Vermarktungsstrukturen gehört unsere Region europaweit zu den führenden Agrarstandorten – in der Milchwirtschaft, der Veredelung, im Acker- und Obstbau an der Unterelbe sowie bei der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Diese Vielfalt ist unsere Stärke. Sie wollen wir erhalten und weiterentwickeln – mit einer Gesetzgebung, die Betrieben Zukunftsperspektiven eröffnet, statt sie zu blockieren.

Weniger Bürokratie – mehr Vertrauen

Die Realität vieler Betriebe ist heute geprägt von Überregulierung, widersprüchlichen Vorschriften und kaum noch überschaubaren Dokumentationspflichten. Das bremst Investitionen, verhindert Weiterentwicklung und gefährdet wirtschaftliche Existenz.

Wir setzen deshalb klar auf Deregulierung:

- Streichung überflüssiger Vorgaben wie Verwertungskonzepte,
- Abbau von Statistik- und Berichtspflichten,
- mehr Vertrauen in die Verantwortung der Landwirtschaftsfamilien.

Landwirtschaft braucht wieder Luft zum Atmen.

Vielfalt der Bewirtschaftungsformen anerkennen

Ökologische und konventionelle Landwirtschaft stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Die Zukunft liegt nicht im Gegenei-

ander, sondern im intelligenten Miteinander. Maßstab ist, aus beiden Systemen das Beste zusammenzuführen.

Eines ist dabei entscheidend: Landwirtinnen und Landwirte müssen die Freude an ihrem Beruf behalten. Ohne Motivation, ohne Perspektive und ohne Wertschätzung wird es keine nachhaltige Landwirtschaft geben.

Investitionen sichern – Planungssicherheit schaffen

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft im Elbe-Weser-Raum ist durch hohe Investitionen in Technik, Tierhaltung, Pflanzenbau und erneuerbare Energien geprägt. Gleichzeitig gelingt hier wie kaum anderswo der Ausgleich zwischen Wirtschaftlichkeit, Verbraucherinteressen, Tierwohl sowie Natur- und Umweltschutz. Moderne Landwirtschaft bedeutet auch aktiven Naturschutz. Die Erhaltung artenreicher Lebensräume ist Teil zeitgemäßer Bewirtschaftung. Deshalb unterstützen wir den Niedersächsischen Weg ausdrücklich. Er ist ein erster Schritt hin zu einem echten Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft.

Dabei gilt: Politik setzt Ziele, die Umsetzung bleibt bei den Praktikern, zusätzliche Leistungen für Natur-, Arten- und Gewässerschutz müssen fair honoriert werden, Verfahren müssen einfach, praxistauglich und akzeptiert sein. Naturschutz ist kein Ehrenamt – er muss bezahlt werden.

Bioenergie erhalten – Versorgung sichern

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat die Landwirtschaft im Elbe-Weser-Raum nachhaltig geprägt. Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen, Gülle und biogenen Abfällen ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende, der Versorgungssicherheit und regionaler Wärmekonzepte.

Viele Anlagen fallen derzeit aus der EEG-För-

derung. Wir setzen uns dafür ein, dass Biogasanlagen auch künftig wirtschaftliche Perspektiven haben:

- durch systemdienlichen Einsatz im Stromnetz,
- im Rahmen der Reservekraftwerksstrategie,
- durch Weiterentwicklung, etwa über Methanisierung von Wasserstoff.

Ohne Biogas gibt es keine verlässlichen regionalen Wärmekonzepte.

Forstwirtschaft mit Augenmaß

Die Forstwirtschaft ist ein wichtiger Pfeiler der Wertschöpfung im ländlichen Raum. Waldpolitik muss ökologische und wirtschaftliche Ziele zusammen denken. Klimastabile Wälder entstehen nicht durch Ideologie, sondern durch fachliche Kompetenz.

Wir lehnen pauschale Nutzungseinschränkungen ab, stärken die Eigentumsrechte und wollen die CO₂-Speicherleistung des Waldes systematisch weiterentwickeln – zusätzlich zu seinen Funktionen als Rohstofflieferant und Erholungsraum.

Tierhaltung weiterentwickeln – Wettbewerbsfähigkeit sichern

Ein erheblicher Teil der regionalen Wertschöpfung entsteht in der Futterbau- und Veredelungswirtschaft. Milch, Eier sowie Fleisch aus Schweine-, Geflügel-, Rinder- und Schafhaltung werden im Elbe-Weser-Raum auf höchstem fachlichem Niveau erzeugt.

Die Gesellschaft stellt steigende Anforderungen an Haltungsbedingungen – ohne diese regelmäßig über den Markt zu honorieren.

Wir wollen deshalb:

- Stallmodernisierungen zugunsten des Tierwohls ermöglichen,
- Förderprogramme einfach zugänglich gestalten,
- Bau- und Immissionsrecht entsprechend

- anpassen,
- Genehmigungsverfahren beschleunigen.

Symbolpolitik lehnen wir ab. Produktionsverlagerungen ins Ausland schaden Tierwohl, Klima und regionaler Wertschöpfung gleichermaßen.

Unterstützung der deutschen Fischwirtschaft

Die CDU Elbe-Weser unterstützt die drei Säulen der Fischwirtschaft: Fischfang, Fischverarbeitung und Fischhandel. Insbesondere setzt sich die CDU für die Sicherstellung der Fanggebiete für die Große und Kleine Hochseefischerei sowie die Küsten- und Krabbenfischerei ein. Die Fischressourcen für die Fischindustrie sind sicherzustellen.

Pferdezucht und Tierärzte stärken

Die CDU Elbe-Weser unterstützt ausdrücklich die hochinnovative Pferdezucht und die angeschlossenen Wirtschaftsbereiche. Pferde aus unserer Region sind auf Welt- und Europameisterschaften nicht wegzudenken. Dazu gehört auch eine praxisgerechte, maßvolle Gebührenordnung für Tierärzte, die Versorgung und Tierwohl sichert.

Grundwasserschutz fair und verursachergerecht gestalten

Die Landwirtschaft investiert erheblich in modernes Nährstoffmanagement und reduziert insbesondere Stickstoffeinträge deutlich. Dennoch führen pauschale Ausweisungen nitrat- und phosphatsensibler Gebiete auf Basis eines unzureichenden Messstellensystems zu

großer Verunsicherung.

Wir fordern:

- den Ausbau und die Ertüchtigung des Messstellennetzes,
- realitätsnahe Flächenausweisungen,
- die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips sowie
- eine echte Möglichkeit, bei nachweislich sauberer Bewirtschaftung aus roten Gebieten entlassen zu werden.

Digitalisierung nutzen – Bürokratie abbauen

Die Landwirtschaft ist Vorreiter bei Digitalisierung und Präzisionstechnologien. Smart Farming ermöglicht gezielten Pflanzenschutz und bedarfsgerechte Düngung. Mengenminderungen erreichen wir durch Technik, nicht durch pauschale Prozentvorgaben ohne fachlichen Bezug.

Gleichzeitig setzen wir uns ein für:

- bessere digitale Schnittstellen,
- das „Once-only-Prinzip“ bei Meldungen und
- spürbare Entlastung von Bürokratie.

Unser Anspruch

Wir wollen die Landwirtschaft im Elbe-Weser-Raum wirtschaftlich stark, gesellschaftlich anerkannt und politisch verlässlich begleiten. Wettbewerbsfähigkeit, Umweltverantwortung und Akzeptanz gehören zusammen. **Für eine Landwirtschaft mit Zukunft – für unsere Region, für Deutschland, für kommende Generationen. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.**

benswerte Dörfer, starke Gemeinschaften und eine leistungsfähige Wirtschaft auch jenseits der Städte. Wir wollen, dass Menschen aller

Generationen im ländlichen Raum wohnen, arbeiten und ihre Zukunft gestalten können – selbstbestimmt, bezahlbar und mit Perspektive.

Bezahlbarer Wohnraum, attraktive Ortskerne und sichere Arbeitsplätze sind die Grundlage für Lebensqualität, Zusammenhalt und Heimatverbundenheit. Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden – er muss gezielt gestärkt werden.

Wohnungsbau in den Dörfern gezielt voranbringen

Der von der CDU-geführten Bundesregierung beschlossene Bauturbo eröffnet neue Chancen für den ländlichen Raum. Er vereinfacht Planungs- und Genehmigungsverfahren und erleichtert den Wohnungsbau deutlich. Davon soll der Elbe-Weser-Raum gezielt profitieren. Unser Anspruch ist klar: Bauen im Dorf muss wieder möglich, planbar und bezahlbar werden.

Unsere Ziele und Maßnahmen:

- schneller und unkomplizierter Wohnungsbau in Dörfern durch konsequente Nutzung der neuen rechtlichen Spielräume des Bauturbos,
- Stärkung des Eigenheimbaus für Familien, junge Paare und Rückkehrer aus den Städten,
- Nachverdichtung statt Zersiedelung: Bauen in Baulücken, auf innerörtlichen Flächen und durch Aufstockung,
- vereinfachte Umnutzung bestehender Gebäude, etwa ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude oder leerstehender Wohnhäuser,
- Wohnraum auch im angrenzenden Außenbereich ermöglichen: Wohngebäude bis zu 100 Meter von bestehenden Siedlungen sollen unkompliziert genehmigt werden – eine echte Chance gerade für kleine Dörfer, einschließlich des erleichterten Bauens in zweiter oder dritter Reihe,
- unkomplizierte Genehmigungsverfahren mit

- klaren Fristen: Die automatische Genehmigung nach einer angemessenen Frist soll Modellcharakter haben und Investoren Planungssicherheit geben,
- bezahlbares Wohnen im ländlichen Raum durch kleinere Baugrundstücke, serielle Bauweisen und konsequenten Bürokratieabbau.

Der Bauturbo ist damit ein Wohnbauprogramm insbesondere für das Dorf.

Dörfer als lebenswerte Orte für alle Generationen

Wohnungsbau ist mehr als das Errichten von Häusern. Er ist Teil einer ganzheitlichen Dorfentwicklung. Wir setzen uns für lebendige Ortskerne mit kurzen Wegen ein – und für eine gute Erreichbarkeit von Kitas, Schulen, medizinischer Versorgung und Nahversorgung.

Gerade für ältere Menschen ist ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten Umfeld entscheidend. Deshalb fördern wir barrierearmes und altersgerechtes Wohnen sowie Angebote, die selbstständiges Einkaufen und Teilhabe ermöglichen.

Ehrenamtliche Initiativen wie Dorfläden oder Bürgerbusse leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den Zusammenhalt vor Ort. Ihre Stärkung ist für uns ein zentrales Anliegen. Ehrenamt schafft Nähe, Verantwortung und Gemeinschaft – und hält unsere Dörfer lebendig.

So bleiben unsere Dörfer attraktiv: für junge Familien ebenso wie für ältere Menschen.

Kleine und mittlere Unternehmen auf dem Land stärken

Die kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft im Elbe-Weser-Raum. Sie sichern Arbeitsplätze, Ausbildung und Wertschöpfung vor Ort – und sind damit ein zentraler Garant für Lebensqualität im ländlichen Raum.

IX. Leben im ländlichen Raum stärken – Wohnen ermöglichen, Wirtschaftskraft sichern

Lebensqualität auf dem Land sichern

Der ländliche Raum ist Herz und Stärke unserer Region. Die CDU Elbe-Weser steht für le-

Unsere Schwerpunkte sind:

- verlässliche Rahmenbedingungen für Handwerk, Handel, Industrie und Dienstleistungen,
- gute Erreichbarkeit von Gewerbeflächen und ausreichender Wohnraum für Beschäftigte,
- Bürokratieabbau und schnellere Genehmigungsverfahren für Betriebe,
- Stärkung der dualen Ausbildung und der Fachkräftesicherung durch attraktives Wohnen vor Ort,
- enge Verzahnung von Wohnungsbau, Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung.

Wo Menschen wohnen können, bleiben Betriebe. Und wo Betriebe bleiben, entstehen sichere Arbeitsplätze.

X. Wir haben viel zu bieten – Kultur und Tourismus im Elbe-Weser-Raum

Identität stärken. Lebensqualität sichern. Wertschöpfung ermöglichen.

Der Elbe-Weser-Raum lebt von seinem reichen kulturellen Erbe, seiner Geschichte, starken Gemeinschaften und einer lebendigen Kulturszene. Diese Vielfalt prägt unsere Identität – und sie ist ein wichtiger Standortfaktor. Die CDU Elbe-Weser setzt sich dafür ein, diese Stärken zu bewahren, sichtbar zu machen und gezielt weiterzuentwickeln.

Kultur ist kein Luxus. Sie stiftet Heimat, Zusammenhalt und Orientierung.

Kultur vor Ort stärken und vernetzen

Wir wollen die niederdeutsche Sprache, die vielfältigen Kulturangebote vor Ort und das enorme ehrenamtliche Engagement gezielt fördern. Ehrenamtliche tragen Kultur in unseren Dörfern und Städten – oft im Stillen, aber mit großer Wirkung. Dieses Engagement verdient Anerkennung und ver-

Ländlicher Raum ist Zukunftsraum

Der ländliche Raum ist kein Auslaufmodell – er ist Zukunftsraum. Mit erleichtertem Wohnungsbau, starken kleinen und mittleren Unternehmen und lebendigen Dörfern schaffen wir Perspektiven für den Elbe-Weser-Raum.

Unser Anspruch

Wir setzen ausdrücklich auf privates Engagement, Unternehmerteil und ehrenamtlichen Einsatz. Der Staat soll ermöglichen, nicht blockieren.

Für Wohnen, Arbeiten und Leben im ländlichen Raum. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

lässliche Unterstützung.

Kultur soll künftig stärker vernetzt werden. Ziel ist es, Angebote besser sichtbar zu machen, Synergien zu nutzen und mehr Menschen für kulturelle Angebote zu gewinnen – in der Stadt wie im ländlichen Raum.

Kulturelles Erbe bewahren – Zukunft gestalten

Der Elbe-Weser-Raum ist reich an bedeutenden Museen und Kulturorten: vom Schwedenspeicher über die Museen in unseren Künstlerdörfern Fischerhude und Wörpsweide, das Deutsche Pferdemuseum in Verden, das Museum für gegenstandsfreie Kunst in Otterndorf bis zum Aeronauticum in Nordholz und vielen weiteren Einrichtungen.

Ihr Erhalt, ihre Modernisierung und ihre Weiterentwicklung sind für uns zentrale Anliegen.

Gleiches gilt für unsere einzigartige Orgellandschaft und die historische Backsteinarchitektur, die unsere Region unverwechselbar prägen. Die Arbeit des Landschaftsverbands Stade unterstützen wir ausdrücklich.

Kulturelles Erbe braucht Pflege – und den Mut, es zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Künstler und Ehrenamt unterstützen

Künstlerinnen und Künstler sowie ehrenamtlich Engagierte prägen die kulturelle Vielfalt unserer Region maßgeblich. Landkreise und Gemeinden sollen sie durch gezielte Förderprogramme, Qualifizierungsangebote und den Erhalt kultureller Begegnungsorte nachhaltig unterstützen.

Kultur braucht Räume – und verlässliche Partner.

Tourismus stärken – Lebensqualität sichern

Die hohe Lebensqualität zwischen Elbe und Weser ist eng mit einem starken Tourismus verbunden. Tourismus schafft Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Perspektiven – und er steigert die Attraktivität der Region für die Menschen, die hier leben.

Nach den Einschnitten der Pandemie wollen wir die touristischen Angebote gezielt weiterentwickeln. Die Nachfrage nach regionalen Urlaubszielen wächst – und der Elbe-Weser-Raum hat viel zu bieten: die Nordseeküste, vielfältige Naturerlebnisse, Rad- und Wanderwege, Torfkahnfahrten auf der Hamme, Bauernhofurlaub, die Apfel- und Kirschblüte im Alten Land sowie charmante Hotels und Gasthöfe.

Wir unterstützen Qualitätsinitiativen und Projekte wie den Elbe-Radwanderbus, die nachhaltigen und attraktiven Tourismus ermöglichen.

Regional denken – gemeinsam handeln

Tourismus endet nicht an Kreisgrenzen. Deshalb setzen wir auf eine stärkere regionale Vernetzung – insbesondere, um Tagesgäste aus den Metropolregionen Hamburg, Bremen und Hannover gezielt anzusprechen.

Tourismus ist für uns nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern ein Gewinn an Lebensqualität für die Menschen vor Ort.

Erfolgreiche Initiativen ausbauen

Erfolgreiche Beispiele wie die Arbeitsgemeinschaft „Osteland“ zeigen, wie viel durch ehrenamtliches Engagement und kluge Bündelung regionaler Kräfte erreicht werden kann. Solche Initiativen wollen wir weiter stärken.

Auch bewährte Projekte wie die „Nordpfade“ sollen daraufhin geprüft werden, ob sie auf weitere Teile der Region ausgeweitet werden können. Gute Ideen verdienen Wachstum.

Unser Anspruch

Ein starkes, sichtbares und regional vernetztes Kultur- und Tourismusangebot, das den Elbe-Weser-Raum auch in Zukunft lebendig, attraktiv und unverwechselbar macht.

Kultur bewahren. Tourismus stärken. Heimat gestalten. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XI. Standortfaktor Bildung

Viel erreicht – große Aufgaben: Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bildung entscheidet über Zukunft

Bildung und Erziehung haben heute und in Zukunft eine zentrale Bedeutung. Gerade im

ländlichen Raum sind gute Bildungs- und Betreuungsangebote in Krippe, Kita, Grund- und weiterführenden Schulen sowie in der Erwachsenenbildung weit mehr als Teil des sozialen Gefüges – sie sind harte Standortfaktoren.

Der Elbe-Weser-Raum verfügt über gut ausgebauten Bildungs- und Betreuungsstrukturen. Dieses System wollen wir weiter stärken, modernisieren und für alle Familien zugänglich machen. Dabei gilt für uns ein klarer Grundsatz: größtmögliche Wahlfreiheit für Eltern, Kinder und Jugendliche sowie echte Chancengerechtigkeit für alle.

Ganztagsbetreuung: Rechtsanspruch mit Verantwortung

Am 1. August 2026 trat der bundesweite Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung und Betreuung für Kinder im Grundschulalter in Kraft. Dieser gilt zunächst für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 und wird anschließend schrittweise ausgeweitet. Der Anspruch umfasst acht Stunden Betreuung an allen fünf Werktagen. Damit wird ganztägige Bildung und Betreuung verbindlich zu einem integralen Bestandteil von Bildungs- und Familienpolitik. Zugleich steigt der Anspruch an Ausstattung, Personal und pädagogische Konzepte erheblich. Dieser Anspruch darf nicht auf dem Rücken der Kommunen umgesetzt werden.

Konnexität ernst nehmen – Kommunen nicht überfordern

Mit dem Rechtsanspruch wächst die Verantwortung der Kommunen deutlich. Planung, Betrieb sowie die Zusammenarbeit von Schulen, Kindertagesstätten und Jugendhilfe müssen eng ineinandergreifen.

Die Konnexität – also die Verpflichtung von Bund und Land, neue Aufgaben auch finanziell und strukturell abzusichern – ist unverzichtbar. Wenn Kommunen zusätzliche Aufgaben übernehmen, müssen ihnen auch die notwendigen Mittel, Fachkräfte und Infrastrukturen

zur Verfügung gestellt werden.

Schon heute sind die finanziellen Belastungen in den kommunalen Haushalten enorm. Ohne verlässliche Unterstützung drohen Überforderung – für Kommunen, Familien und das gesamte Bildungs- und Betreuungssystem. Das lehnen wir entschieden ab.

Psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern stärken

Unsere schnelllebige, digitale und vielfach verunsichernde Welt führt zu spürbar steigenden psychischen Belastungen bei Schülerinnen und Schülern. Studien zeigen einen deutlichen Anstieg von Unterstützungsbedarfen mit langfristigen Folgen für Bildungs- und Lebenswege. Bildungspolitik darf sich deshalb nicht auf Lehrpläne beschränken. Psychische Gesundheit ist ein gleichwertiger Bestandteil von Bildungsqualität.

Wir fordern:

- Jede weiterführende Schule im Elbe-Weser-Raum muss verbindlich und dauerhaft mit mindestens einer Schulsozialarbeiterin oder einem Schulsozialarbeiter ausgestattet werden.
- Schulen sollen als Lebensräume verstanden werden, in denen auffällige Entwicklungen frühzeitig erkannt und begleitet werden können.
- Schulpsychologische Dienste und externe Beratungsstellen müssen enger mit dem Schulalltag verzahnt werden – mit klaren, verlässlichen Kooperationswegen.

Von der Erkenntnis zur Umsetzung kommen

Gute Konzepte müssen schneller in die Praxis kommen. Die Qualitätsinitiative „Beste Bildung“ im Landkreis Osterholz zeigt, wie Schulen, Gemeinden und Landkreis gemeinsam strukturiert Schul- und Bildungsentwicklung gestalten können.

Dieses Modell kann Vorbild sein für eine

systematische Weiterentwicklung: Schulen sollen gezielt Programme zur Stärkung sozial-emotionaler Kompetenzen, Resilienz und psychischer Gesundheit aufbauen können. Lehrkräfte müssen in relevanten Themen geschult werden – etwa im Umgang mit Stress, Leistungsdruck, digitalen Medien sowie familiären Belastungen. Regelmäßige Diagnostiken und Feedbackformate helfen, Krisen frühzeitig zu erkennen.

Sicherheit an Schulen gewährleisten

Vandalismus, Diebstähle und Gewaltvorfälle nehmen auch in der Elbe-Weser-Region spürbar zu. Viele Schulen berichten von einem angespannten Klima und zunehmenden Bedrohungssituationen. Das darf nicht hingenommen werden.

Schule darf kein Ort der Angst sein. Sie muss Raum für Lernen, Vertrauen und Respekt bleiben.

Dazu braucht es ein umfassendes Sicherheitskonzept:

- Schulen müssen Zugang zu modernen technischen Instrumenten erhalten, etwa appbasierte Amokalarmierungssysteme, die im Ernstfall eine schnelle, koordinierte Alarmierung ermöglichen. Diese Systeme müssen landesweit förderfähig sein – unabhängig von Größe oder Trägerschaft der Schule.
- Der gezielte Einsatz von Videotechnik zur Abschreckung und Aufklärung von Vandalismus und Gewalt ist sinnvoll, sofern Datenschutz und Schulrecht strikt eingehalten werden. Schutz der Persönlichkeitsrechte und Schutzauftrag der Schule gehören zusammen.
- Prävention bleibt unverzichtbar: Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Präventionsprogramme gegen Mobbing, Ausgrenzung und Radikalisierung müssen gestärkt werden.

Jede Schule muss über die Mittel verfügen, um ihre Schülerinnen und Schüler pädagogisch, psychologisch und technisch bestmöglich zu schützen.

Alle Schulformen wertschätzen – Gymnasium klar sichern

Wir stehen zu allen Schulformen: Grund- und Hauptschule, Realschule, Oberschule, Gesamtschule, Förderschule, berufliche Schulen und Gymnasium. Gleichzeitig stehen wir klar zum Gymnasium als eigenständiger Schulform.

Das Gymnasium darf nicht schleichend ausgehöhlt werden – weder durch Veränderungen in den Kerncurricula noch durch dauerhafte Abordnungen oder fehlende Lehrkräfte.

Unsere Position ist eindeutig:

- Bestehende Gymnasien sind in ihrer Eigenständigkeit zu erhalten und weiterzuentwickeln.
- Dauerhafte Lehrerabordnungen dürfen nicht zum Regelfall werden.
- Gymnasiale Lehrinhalte müssen gesichert und dürfen nicht verdrängt werden.
- Die eigenverantwortliche Schule ist insgesamt zu stärken.
- Für alle Schulformen gilt: Eine verlässliche Unterrichtsversorgung hat höchste Priorität.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent stärken

Ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote sind ein Schlüssel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eltern – insbesondere gut ausgebildete Frauen – müssen die Möglichkeit haben, Familie und qualifikationsgerechte Berufstätigkeit miteinander zu verbinden.

Dafür brauchen wir flexible Arbeitszeitmodelle in Wirtschaft und Verwaltung sowie gute betriebliche Kinderbetreuungsangebote. In den Kommunen müssen Ganztagsangebote, Tagesmutter- und Tagesvaterinitiativen ausge-

baut und die Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen weiter intensiviert werden.

Wohnortnahe Bildung sichern – Qualität in der Fläche

Demografische Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Schulstrukturen. Ziel bleibt eine möglichst wohnortnahe Beschulung, insbesondere im Grundschulbereich.

Offene Leitungsstellen müssen zügig besetzt werden. Es braucht kreative Konzepte, um junge Lehrkräfte für den ländlichen Raum zu gewinnen. Die teilweise mangelhafte Unterrichtsversorgung ist nicht akzeptabel und muss dringend verbessert werden.

Der Ausbau von Ganztagschulen muss flächendeckend erfolgen – allerdings dürfen die Kommunen dabei nicht allein gelassen werden.

Berufsbildung, Weiterbildung und Hochschule regional stärken

Auch berufliche Bildung, Hochschulen und Erwachsenenbildung sind zentrale Bausteine für

die Zukunft des Elbe-Weser-Raums:

- Berufliche Schulen müssen als regionale Kompetenzzentren gestärkt und eng mit der heimischen Wirtschaft vernetzt werden.
- Duale Studiengänge und die Verzahnung von Hochschule und Unternehmen erhöhen die Attraktivität der Region für Studierende und Fachkräfte.
- Bildungskarrieren müssen vielfältig und durchlässig bleiben – vom Berufsabschluss bis zur Promotion.

Unser Anspruch

Bildung ist der Schlüssel zu Chancengleichheit, Fachkräftesicherung und Lebensqualität. Sie entscheidet darüber, ob der ländliche Raum Zukunft hat.

Für starke Bildung – verlässlich finanziert, wohnortnah organisiert und mit dem Menschen im Mittelpunkt. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XII. Mehr sozialer Zusammenhalt im ländlichen Raum

Gesundheit, Familie und Lebensqualität sichern

Zusammenhalt ist Stärke – gerade auf dem Land.

Der Elbe-Weser-Raum soll auch in Zukunft eine Region bleiben, in der über Generationen gewachsener sozialer Zusammenhalt nicht nur bewahrt, sondern gezielt gestärkt wird. Der ländliche Raum darf gegenüber den Ballungszentren nicht länger benachteiligt werden – weder bei wirtschaftlichen Chancen noch bei sozialen und gesundheitspolitischen Angeboten.

Gleichwertige Lebens- und Versorgungsqualität im Vergleich zu großen Städten wie Hamburg oder Bremen ist für uns kein Wunsch, sondern ein klarer Anspruch.

Wohnortnahe und moderne medizinische Versorgung sichern

Das gilt in besonderem Maße für die ärztliche und klinische Versorgung. Auch im ländlichen Raum müssen Ärztinnen und Ärzte, Kliniken und medizinische Versorgungsangebote zuverlässig, wohnortnah und zukunftsfähig erreichbar bleiben.

Landkreise und Kommunen sollen die Niederlassung junger Ärztinnen und Ärzte aktiv unterstützen – etwa durch gezielte Standortwerbung, Stipendienprogramme oder durch Kooperationen mit der European Medical School Oldenburg–Groningen, um frühzeitig Kontakte zu Medizinstudierenden herzustellen. Wer den ländlichen Raum attraktiv macht, gewinnt Fachkräfte.

Jeder Mensch muss unabhängig vom Wohnort Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Hausärztinnen und Hausärzte sind dabei das Rückgrat des Systems. Wir setzen uns für deren Stärkung, bessere Rahmenbedingungen und eine gezielte Nachwuchsgewinnung ein. Krankenhäuser im Elbe-Weser-Raum müssen wohnortnah erreichbar und qualitativ leistungsfähig bleiben. Strukturreformen dürfen nicht zu Lasten der Versorgungssicherheit gehen. Zentralisierung darf kein Selbstzweck sein. Qualität und Erreichbarkeit müssen gemeinsam gedacht werden.

Der Rettungsdienst ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung. Kurze Hilfsfristen, moderne Ausstattung und ausreichend Personal sind zwingend erforderlich. Die Zusammenarbeit über Kreis- und Ländergrenzen hinweg muss dort erfolgen, wo sie die Versorgung verbessert.

Innovative Versorgungsmodelle konsequent nutzen

Um Versorgungslücken im ländlichen Raum zu schließen, setzen wir gezielt auf innovative und praxistaugliche Versorgungsstrukturen:

- **Medizinische Versorgungszentren (MVZ)** ermöglichen eine interdisziplinäre, wohnortnahe Versorgung durch Haus- und Fachärztinnen und -ärzte, Kinder- und Jugendmedizin sowie – perspektivisch – telemedizinische und robotikgestützte Anwendungen. Gerade im ländlichen Raum haben sich MVZ als tragfähige Ergänzung bewährt, wie etwa an der Wurster Nordsee-

küste.

- **Mobile Arzt- und Klinikpraxen** („rollende Praxen“) können dort eingesetzt werden, wo Standorte dauerhaft schwer zu besetzen sind. Sie ergänzen feste Praxen und verbessern insbesondere für ältere oder mobil eingeschränkte Menschen die Erreichbarkeit medizinischer Angebote.
- **Telemedizinische Dienste** wie Videosprechstunden, Telekonsile und Telemonitoring überwinden Entfernungen und ermöglichen eine fachärztliche Versorgung auch aus der Ferne.
- **Künstliche Intelligenz und Robotik** eröffnen neue Chancen – etwa bei der Diagnoseunterstützung, autonomen Assistenzsystemen in der Pflege oder robotergestützten Hausbesuchsmodellen. In Kombination mit Telemedizin bieten diese Technologien gerade im ländlichen Raum die Möglichkeit, Versorgung effizienter und näher am Menschen zu gestalten.

Pflege: Würde sichern, Angehörige entlasten

Pflege ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Pflegebedürftige Menschen verdienen Respekt, Zuwendung und professionelle Versorgung. Pflegekräfte leisten Herausragendes – oft unter schwierigen Bedingungen.

Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen, verlässliche Dienstpläne, faire Bezahlung und mehr Ausbildungsplätze in der Pflege ein. Bürokratische Überlastung muss abgebaut werden, damit Pflege wieder Zeit für Menschen hat.

Angehörige tragen einen Großteil der Pflege. Diese Leistung verdient Anerkennung und konkrete Unterstützung – durch Beratungsangebote, Entlastungsleistungen und flexible Hilfen.

Ambulant vor stationär – aber realistisch

Ambulante Pflegeangebote ermöglichen Selbstständigkeit und Verbleib im eigenen Zuhause. Sie sind zu stärken und auszubauen. Gleichzeitig gilt: Stationäre Pflege bleibt unverzichtbar. Ideologische Vorgaben, die stationäre Einrichtungen benachteiligen, lehnen wir ab.

Pflege muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren – nicht an politischen Schlagworten.

Infrastruktur und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen

Innovative Versorgung braucht verlässliche Grundlagen. Dafür sind klare Voraussetzungen notwendig:

- Ein flächendeckender Breitband- und Glasfaserausbau ist Grundvoraussetzung für Telemedizin, Robotik und digitale Gesundheitsdienste.
- Förderprogramme für Kommunen und Institutionen müssen den Aufbau von MVZ, mobilen Praxen und telemedizinischen Netzwerken gezielt unterstützen.
- Die Finanzierung und Fachkräftegewinnung müssen gesichert sein. Die Konnexitätspflicht gilt auch hier: Wenn Bund und Land den Kommunen neue Aufgaben übertragen, müssen sie diese vollständig finanzieren.
- Datenschutz, Interoperabilität und IT-Sicherheit sind unverzichtbar. Gerade bei Telemedizin, KI und Robotik braucht es sichere, vertrauenswürdige und praxistaugliche Systeme.

Familien stärken – Gemeinschaft erhalten

Medizinische Versorgung, soziale Infrastruktur und Lebensqualität gehören zusammen. Familien müssen spüren, dass sie im Elbe-Weser-Raum gut aufgehoben sind. Wohnortnahe Versorgung, flexible Angebote für Kinder und Jugendliche sowie ein starkes Ehrenamt bilden das Fundament einer lebendigen Gemeinschaft.

Wir fördern:

- **Familienfreundliche Infrastruktur** mit Krippen, Kindergärten, wohnortnahe medizinischer Versorgung sowie flexiblen Arbeits- und Betreuungszeiten.
- **Emanzipation und Teilhabe** von Frauen und Männern gleichermaßen. Medizinische und pflegerische Aus- und Weiterbildungsangebote sollen im ländlichen Raum noch attraktiver werden.
- **Generationenübergreifende Angebote** wie Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbeiräte und ehrenamtliche Einsatzgruppen. Sie stärken das Miteinander und tragen maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt bei.

Unser Anspruch

Sozialer Zusammenhalt entsteht nicht von selbst. Er braucht verlässliche Strukturen, erreichbare Versorgung und Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen.

Für ein starkes Miteinander, moderne Gesundheitsversorgung und hohe Lebensqualität – auch und gerade im ländlichen Raum. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XIII. Demografischer Wandel – Chancen erkennen

Vorausschauend handeln. Zusammenhalt stärken.

Der demografische Wandel ist ein gesellschaftlicher Megatrend und für den Elbe-Weser-Raum als ländlich geprägte Region von besonderer Bedeutung. Die Bevölkerungszahl nimmt insgesamt ab. Gleichzeitig werden die Menschen – trotz einer zuletzt leicht gebremsten Entwicklung durch starke Grippewellen und die Coronapandemie – im Durchschnitt weiterhin älter. Zudem wird unsere Gesellschaft vielfältiger.

Diese Entwicklungen verlaufen jedoch nicht überall gleich. Auch im Elbe-Weser-Raum unterscheiden sich die demografischen Verläufe von Kommune zu Kommune. Der demografische Wandel birgt Risiken – aber ebenso große Chancen. Entscheidend ist, frühzeitig und realistisch darauf zu reagieren.

Demografie vorausschauend in die Planung einbeziehen

Die CDU Elbe-Weser spricht sich dafür aus, die langfristige demografische Entwicklung konsequent in Infrastruktur-, Siedlungs- und Schulplanung einzubeziehen. Politische Entscheidungen dürfen nicht kurzfristig, sondern müssen generationengerecht getroffen werden.

Besonders wichtig ist der Umgang mit dem bestehenden Wohnraum in ländlichen Regionen. Hier braucht es tragfähige Konzepte, die den Bedürfnissen einer älter werdenden Bevölkerung gerecht werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Landkreise und Gemeinden in unserer Region bereits gemeinsam Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels umsetzen.

Projekte wie die „**Musterhäuser zum Wohnen mit Zukunft**“ zeigen anschaulich, wie Häuser und Wohnungen altersgerecht umgebaut werden können – damit Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihren vertrauten vier Wänden leben können.

Optimieren statt abbauen

Demografischer Wandel bedeutet nicht automatisch Rückbau. Ziel politischer Entscheidungen muss es sein, Angebote zu optimieren, statt sie reflexartig zu verkleinern.

Die in vielen Regionen bereits abgeschlossene oder begonnene kommunale Neuordnung der Gebietsstrukturen zeigt erste positive Effekte. Wo sie sinnvoll oder gewünscht ist, unterstützt die CDU Elbe-Weser die Kommunen auf diesem Weg auch weiterhin. Ziel bleibt eine leistungsfähige, bürgernahe Struktur.

Chancen für Wirtschaft und Tourismus nutzen

Der demografische Wandel bietet auch wirtschaftliche Chancen. Der Elbe-Weser-Raum ist mit seinen touristischen Angeboten – Nordseestrand, Wattenmeer, Teufelsmoor, Altes Land, Schiffsverkehr auf Elbe und Weser – ein attraktives Reiseziel für aktive Seniorinnen und Senioren aus ganz Deutschland, die einen entspannten Urlaub in Heimatnähe suchen.

Davon kann die heimische Wirtschaft profitieren, insbesondere die Gastronomie- und Hotelbranche, die nach der Coronapandemie weiterhin vor großen Herausforderungen steht. Politik muss hierfür bessere Rahmenbedingungen schaffen – etwa durch steuerliche Entlastungen für Gastronomie und Hotellerie sowie durch eine einheitliche, starke Vermarktung des Elbe-Weser-Raums als

attraktives Tourismusland.

Miteinander der Generationen stärken

Länger zu leben bedeutet auch, länger am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Erfahrungen, Wissen und Traditionen können weitergegeben werden. Das Miteinander von Alt und Jung ist tief in unserer kulturellen Wertebasis verankert – und heute mehr denn je ein zukunftsfähiges, gesellschaftlich tragendes Modell.

Deshalb setzt sich die CDU Elbe-Weser ausdrücklich für den Erhalt von Mehrgenerationenhäusern und vergleichbaren Projekten ein. Ebenso begrüßen wir Angebote, die älteren Menschen im ländlichen Raum ein selbstbestimmtes und angenehmes Leben ermöglichen.

XIV. Zuwanderung und Flüchtlinge – Chancen nutzen, Ordnung sichern

Humanität und Klarheit gehören zusammen

Die Zuwanderung in den Elbe-Weser-Raum hat in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Sie stellt Städte und Gemeinden vor neue Aufgaben – eröffnet aber auch Chancen, wenn Integration gelingt und rechtliche Klarheit besteht. Für uns ist dabei entscheidend: Zuwanderung braucht Ordnung, Verlässlichkeit und Differenzierung.

Wir unterscheiden klar zwischen Schutzsuchenden, Arbeitsmigrantinnen und -migranten sowie qualifizierten Fachkräften. Nur mit klaren Regeln und fairen Verfahren bleibt Zuwanderung gesellschaftlich tragfähig.

Schutz gewähren – Integration einfordern

Menschen, die in ihren Herkunftsländern aufgrund politischer Verfolgung oder bewaffneter Konflikte bedroht sind, genießen in Deutschland Schutz nach dem Asylgesetz und

Dazu gehören unter anderem:

- Dorfladenbusse
- mobile Büchereien
- Bewegungs- und Begegnungsorte für Jung und Alt
- ein bedarfsgerechtes, verlässliches Angebot im öffentlichen Personennahverkehr

Unser Anspruch

Der demografische Wandel ist kein Schicksal, sondern eine Gestaltungsaufgabe. Wer frühzeitig handelt, kann Risiken begrenzen und Chancen nutzen.

Für eine demografiefeste Region – vorausschauend geplant, generationengerecht gestaltet und lebenswert für alle. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

der Genfer Flüchtlingskonvention. Sie sind im Elbe-Weser-Raum willkommen, solange diese Gefährdung besteht.

Unser Anspruch ist es, ihnen eine sichere Unterkunft, Zugang zu Sprachkursen und eine frühzeitige Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Gleichzeitig gilt: Integration ist keine Einbahnstraße. Wir erwarten Integrationsbereitschaft, die Anerkennung unserer Grundwerte und die Achtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Klare Entscheidungen – konsequente Rückführung

Zuwanderung aus rein wirtschaftlichen Gründen begründet nach geltendem Recht keinen Anspruch auf Asyl. Im Interesse aller Beteiligten müssen Aufenthaltsentscheidungen zügig, transparent und verbindlich getroffen werden. Wer kein Bleiberecht erhält, muss Deutschland

wieder verlassen. Bund, Land und Landkreise sind gefordert, Rückführungen konsequent umzusetzen und Asyl- und Aufenthaltsverfahren effizienter zu gestalten. Rechtsstaatliche Entscheidungen müssen auch durchgesetzt werden – das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns.

Qualifizierte Einwanderung gezielt stärken

Gleichzeitig braucht Deutschland gesteuerte und qualifizierte Einwanderung. Der Fachkräftemangel betrifft auch den Elbe-Weser-Raum – insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich, aber auch in weiteren Branchen.

Positive Beispiele zeigen, wie gelungene Migration aussehen kann. Die Kooperation der Hochschule 21 in Buxtehude mit der Universität ABU Antalya, dem Deutschen Roten Kreuz und regionalen Kliniken ermöglicht die Ausbildung qualifizierter, deutschsprachiger Pflegekräfte nach deutschen Standards und deren erfolgreiche Integration. Solche Projekte stärken unsere Versorgung und fördern Akzeptanz für gezielte Fachkräftezuwanderung.

Bürokratische Hürden müssen weiter abgebaut und Verfahren transparenter und schneller gestaltet werden.

Integration gemeinsam gestalten

Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Unser ausdrücklicher Dank gilt den vielen haupt- und ehrenamtlich Engagierten

in Kirchengemeinden, Hilfsorganisationen und Initiativen, die tagtäglich Verantwortung übernehmen.

Integration gelingt jedoch nur, wenn ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden – für Sprachförderung, Bildung, Wohnraum und soziale Begleitung. Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden.

Europäisch denken – national und kommunal handeln

Die CDU Elbe-Weser bekennt sich zu einem Europa der offenen Grenzen, zu Freiheit und Reisefreiheit – aber ebenso zu klaren Regeln und einer verlässlichen Steuerung von Migration.

Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung von Schutzsuchenden innerhalb der Europäischen Union ein und fordern eine enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Nur durch abgestimmtes Handeln und verlässliche Strukturen kann Zuwanderung humanitär verantwortlich, rechtssicher und gesellschaftlich akzeptiert gestaltet werden.

Unser Anspruch

Humanität braucht Ordnung. Integration braucht Klarheit. Zuwanderung braucht Regeln.

Für eine Migrationspolitik mit Maß, Verantwortung und Durchsetzungskraft – im Interesse der Menschen vor Ort und derjenigen, die zu uns kommen. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XV. Effiziente Verwaltungsstrukturen – handlungsfähige Kommunen und starke Landkreise

Wenn sich die Welt rasant verändert, darf der Staat nicht stehen bleiben. Eine moderne Verwaltung ist Voraussetzung für Vertrauen in Politik und Demokratie. Als CDU verstehen

wir Bürgerinnen und Bürger nicht als Bittsteller, sondern als Kundinnen und Kunden des Staates. Sie haben zu Recht den Anspruch auf zuverlässige, schnelle und qualitativ hochwertige

tige Dienstleistungen – vorzugsweise digital, immer serviceorientiert.

Verwaltung als Dienstleister – modern, erreichbar, transparent

Wir wollen Kommunalverwaltungen, in denen der Dienstleistungsgedanke wieder ganz oben steht – in Rathäusern wie in Kreishäusern. Dazu gehören eine gute Erreichbarkeit, einfache Online-Terminvereinbarungen, klare Servicegarantien mit verbindlichen Zusagen zu Warte- und Bearbeitungszeiten sowie eine aktive, transparente Öffentlichkeitsarbeit auf allen Kanälen.

Alle wesentlichen Verwaltungsleistungen sollen vorrangig digital angeboten werden. Gleichzeitig gilt: Digitalisierung darf niemanden ausschließen. Für bestimmte Dienstleistungen müssen analoge Zugänge erhalten bleiben – barrierefrei und generationengerecht. Entscheidend ist nicht die Technik allein, sondern der Nutzen für die Menschen.

Die Digitalisierung der Verwaltung muss konsequent vollendet und immer mit einer echten Optimierung der Prozesse verbunden werden – nach innen wie nach außen. Medienbrüche zwischen Behörden und Bürgern gehören abgeschafft. Funktionierende Schnittstellen sind Pflicht, keine Kür. Digitale Souveränität ist dabei angesichts globaler Abhängigkeiten und wachsender Sicherheitsrisiken von zentraler Bedeutung.

Gute Verwaltung braucht gute Mitarbeiter

Eine leistungsfähige Verwaltung lebt von engagierten, qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Doch der Fachkräftemangel und der Wettbewerb mit besser zahlenden Branchen stellen den öffentlichen Dienst vor große Herausforderungen.

Unser Ziel ist klar: Kommunen müssen attraktive Arbeitgeber bleiben. Flexible Arbeits-

zeiten, moderne Arbeitsformen, Homeoffice-Möglichkeiten, eine offene Arbeitskultur und echte Familienfreundlichkeit sind entscheidende Bausteine, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Gleichzeitig wissen wir: Der öffentliche Dienst kann aus demografischen und finanziellen Gründen nicht unbegrenzt wachsen. Deshalb setzen wir gezielt auf Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, um Personalbedarfe zu begrenzen und langfristig auf ein angemessenes Maß zurückzuführen – ohne Abstriche bei Qualität und Bürgernähe.

Finanzielle Handlungsfähigkeit sichern – Konnexität ernst nehmen

Handlungsfähige Verwaltungen brauchen eine solide finanzielle Basis. Nur Kommunen, die auskömmlich finanziert sind, können ihre Aufgaben dauerhaft zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erfüllen. Die flächendeckende Wiedererlangung der finanziellen Handlungsfähigkeit ist deshalb ein zentrales Ziel der CDU im Elbe-Weser-Raum.

Dafür sind aus unserer Sicht mehrere Voraussetzungen entscheidend:

Erstens: Eine faire, am Konnexitätsprinzip orientierte Finanzierung durch das Land. Niedersachsen zahlt pro Kopf den niedrigsten kommunalen Finanzausgleich in ganz Deutschland. Das ist nicht länger hinnehmbar. Die Finanzmasse muss spürbar erhöht werden. Der Bund ist zudem gefordert, auf immer neue Leistungsgesetze zu verzichten und stattdessen die ausufernden Sozialausgaben strukturell zu begrenzen.

Zweitens: Maßvolle, verantwortungsbewusste Kommunalpolitik. Entscheidungen müssen sich am Machbaren orientieren – nicht nur am Wünschenswerten. Effizienzgewinne durch Digitalisierung, KI und interkommunale Zusam-

menarbeit dürfen nicht durch neue Ausgaben an anderer Stelle sofort wieder aufgezehrt werden.

Das kommunale Haushaltsrecht verpflichtet zu nachhaltigem Wirtschaften. Diese Verantwortung gegenüber kommenden Generationen nimmt die CDU ernst. Freiwillige Leistungen müssen regelmäßig überprüft und auf ein haushaltsmäßig vertretbares Maß begrenzt werden. Schuldenabbau darf kein Ausnahmefall sein – er muss zur Regel werden. Nur finanziell stabile Kommunen können mutig investieren und Zukunft gestalten.

Regionale Stärke nutzen – Einheit bewahren

Die Chancen der Metropolregionen Hamburg und Bremen/Oldenburg müssen für den Elbe-Weser-Raum gezielt genutzt werden. Strukturpolitische Zusammenarbeit stärkt Wirtschaft, Wissenschaft und Infrastruktur und verbessert die gemeinsame Außendarstellung.

Gleichzeitig ist für uns klar: Der Elbe-Weser-Raum darf nicht auseinanderdividiert werden.

Er muss als kulturelle und wirtschaftliche Einheit bestehen bleiben. Eine enge Zusammenarbeit der fünf Landkreise mit regionalen Verbänden und Institutionen ist dafür unerlässlich.

Staatliche Präsenz sichern

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, bestehende Bundes- und Landesbehörden sowie öffentliche Einrichtungen in unserer Region zu erhalten, auszubauen und zu modernisieren. Sie sind nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Stabilitätsanker und Ausdruck staatlicher Präsenz im ländlichen Raum.

Unser Anspruch

Effiziente Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung für Vertrauen, Akzeptanz und Handlungsfähigkeit.

Für einen starken, modernen Staat: serviceorientiert, finanziell solide, digital souverän – und immer im Dienst der Menschen. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XVI. Innere Sicherheit im Elbe-Weser-Raum – Schutz, Ordnung und Freiheit

Innere Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates und Markenzeichen christdemokratischer Politik. In einer Zeit wachsender Unsicherheiten, neuer Kriminalitätsformen und steigender Belastungen für Polizei, Justiz und Kommunen erneuern wir unser klares Bekenntnis: **Der Elbe-Weser-Raum soll eine Region sein, in der sich alle Menschen sicher fühlen können – jederzeit und überall.**

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für Niedersachsen zeigt eine weiterhin hohe Aufklärungsquote von 62,72 % (2025) und deutliche Erfolge bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität. Gleichzeitig steigen einzelne De-

liktszahlen. Für uns ist das kein Anlass zur Relativierung, sondern ein klarer Auftrag zum Handeln.

Unser Anspruch ist eindeutig: **Der Elbe-Weser-Raum soll zur Sicherheitsregion Nummer 1 in Niedersachsen werden.**

Prävention und Extremismusabwehr

Sicherheit beginnt mit Prävention. Wir stärken die Kriminalprävention in enger Zusammenarbeit von Schulen, Jugendhilfe, Polizei und Zivilgesellschaft. Eine frühzeitige Aufklärung über Rechts- und Linksextremismus, Islamismus, radikale Verschwörungsideologien und

autoritäre Weltbilder ist unverzichtbar – gerade für junge Menschen.

Demokratie braucht Schutz. Deshalb setzen wir auf politische Bildung, klare Abgrenzung und konsequentes Einschreiten gegen jede Form von Extremismus.

Opferschutz vor Täterschutz

Der Schutz von Opfern hat für uns Vorrang. Wir fordern eine enge Verzahnung von Polizei, Justiz, Kommunen und Opferhilfeorganisationen. Informations- und Gedenkveranstaltungen im Elbe-Weser-Raum sollen die Sensibilität stärken und Betroffenen zeigen: Der Rechtsstaat steht an ihrer Seite.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenvorsorge stärken

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz ist. Naturkatastrophen, Pandemien, Energiekrisen und hybride Bedrohungen machen deutlich: Vorsorge ist kein Luxus, sondern staatliche Kernaufgabe.

Wir setzen uns für eine bessere Ausstattung des Katastrophenschutzes, klare Zuständigkeiten und funktionierende Alarmierungs- und Kommunikationssysteme ein. Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Hilfsorganisationen müssen eng verzahnt und dauerhaft unterstützt werden.

Auch kritische Infrastrukturen – Energie, Wasser, Kommunikation und Verkehr – müssen widerstandsfähig und krisenfest aufgestellt werden.

Polizei und Sicherheitsbehörden stärken

Unsere Polizei verdient Rückhalt, Respekt und eine moderne Ausstattung. Dazu gehören schusssichere Westen, digitale Einsatzmittel, Distanz-Elektroimpulsgeräte (Taser), zeitgemäße IT-Strukturen und eine verlässliche personelle Ausstattung.

Attraktive Arbeitsbedingungen mit guten Zulagen, flexiblen Arbeitszeitmodellen und gezieltem Nachwuchsrecruiting sind notwendig, um den Polizeiberuf zukunftsfähig zu halten. Sichtbare Polizeipräsenz im öffentlichen Raum erhöht das Sicherheitsgefühl und wirkt präventiv – besonders in Städten, Bahnhöfen und stark frequentierten Bereichen.

Schutz für Feuerwehr, Rettungs- und Einsatzkräfte

Angriffe auf Feuerwehr, Rettungsdienste und Sicherheitskräfte sind ein Angriff auf unsere gesamte Gesellschaft. Das ist inakzeptabel. Wir fordern eine konsequente Strafverfolgung solcher Taten und prüfen rechtliche Verschärfungen, um Einsatzkräfte besser zu schützen. Wer hilft, darf nicht selbst zum Opfer werden.

Frühwarnsysteme und Kampf gegen Cyberkriminalität

Ein leistungsfähiger Verfassungsschutz ist unverzichtbar als Frühwarnsystem für Demokratie und Rechtsstaat. Gleichzeitig wächst die Bedrohung durch Cyberkriminalität rasant.

Wir setzen uns für den Aufbau eines **regionalen Kompetenzzentrums im Elbe-Weser-Raum** ein, das Sicherheitsbehörden, Justiz und IT-Expertise vernetzt. Ziel ist eine konsequente Bekämpfung von Cybercrime, insbesondere von Kinderpornografie, Hass- und Hetzkriminalität im Netz.

Drogenkriminalität entschieden bekämpfen

Der internationale Drogenschmuggel ist eine massive Bedrohung für Sicherheit und Rechtsstaat. Die norddeutschen Häfen sind dabei besonders exponiert. Die hohen Sicherstellungen in Hamburg und Bremerhaven zeigen das Ausmaß.

Wir fordern eine Stärkung der **Europäischen Hafenallianz**, um den Informationsaustausch zwischen Häfen, Politik und Sicherheitsbehörden EU-weit zu verbessern. Dazu gehören:

- besser vernetzte Ermittlungsstrukturen,
- für Korruptionsversuche sensibilisiertes und geschütztes Hafenpersonal,
- eine deutlich bessere personelle und finanzielle Ausstattung des Zolls.

Konsequentes Vorgehen gegen Clankriminalität

Clankriminalität ist auch im Elbe-Weser-Raum Realität. Vorfälle in Stade, Hemmoor oder Drochtersen zeigen: Diese Bedrohung macht nicht an Großstadtgrenzen halt.

Wir fordern:

- eine landesweite Zentralstelle für Vermögensabschöpfung, um kriminelle Strukturen wirksam zu treffen,
- schärfere bundesrechtliche Regelungen, insbesondere zur Beweislast und Transparenz von Finanzströmen,
- erweiterte digitale Ermittlungsbefugnisse für Sicherheitsbehörden.

Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Stade muss erhalten bleiben. Sicherheitspartnerschaften zwischen Staatsanwaltschaften, Polizei, Zoll und Ordnungsbehörden sind weiter auszubauen.

Justiz stärken – Präsenz im ländlichen Raum sichern

Sicherheit, Justiz und Rechtsstaat sind untrennbar verbunden. Gerade im ländlichen Raum müssen Gerichte erreichbar bleiben. Wir setzen uns dafür ein, **alle Amts- und Fachgerichtsstandorte im Elbe-Weser-Raum zu erhalten**.

Die Digitalisierung von Gerichten und Staatsanwaltschaften ist voranzutreiben, ohne Standorte auszudünnen. Schwerpunktstaatsanwaltschaften – etwa für Clankriminalität oder Cybercrime – müssen erhalten und personell gestärkt werden.

Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe

Eine starke, unabhängige Justiz ist das Rückgrat unserer freiheitlichen Ordnung. Rechts-

sicherheit schafft Vertrauen, Rechtsfrieden stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sicherheit gelingt nur gemeinsam – durch einen handlungsfähigen Staat, verantwortungsbewusste Kommunen und eine Gesellschaft, die Haltung zeigt.

Ehrenamt: Rückgrat unserer Gesellschaft

Ohne Ehrenamt würde der ländliche Raum nicht funktionieren. Freiwillige Feuerwehren, Sportvereine, Landfrauen, Hilfsorganisationen, Kirchengemeinden, soziale Initiativen und viele andere tragen den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort.

Dieses Engagement verdient nicht nur Anerkennung, sondern konkrete Unterstützung. Wir setzen uns für weniger Bürokratie, verlässliche Förderung und bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit ein. Ehrenamtliche dürfen nicht durch Vorschriften und Dokumentationspflichten entmutigt werden. Jugendarbeit im Ehrenamt ist besonders wertvoll. Sie vermittelt Verantwortung, Gemeinschaftssinn und Werte – und ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Respekt und Verantwortung

Eine offene Gesellschaft lebt vom Respekt – gegenüber Einsatzkräften, Ehrenamtlichen, Lehrkräften und allen, die Verantwortung übernehmen. Angriffe auf Polizei, Rettungsdienste oder kommunale Mitarbeiter sind Angriffe auf uns alle. Hier braucht es klare politische Kante und konsequente Strafverfolgung. Sicherheit ist kein Randthema – sie ist Voraussetzung für Freiheit, Zusammenhalt und Lebensqualität. Wir stehen für einen handlungsfähigen Staat, der schützt, durchsetzt und unterstützt.

Unser Anspruch

Der Elbe-Weser-Raum soll eine Region bleiben, in der Menschen sicher leben, sich engagieren und Verantwortung übernehmen können. Er soll Vorreiter für Sicherheit, Ord-

nung und Zusammenhalt in Niedersachsen sein – mit einer starken Polizei, einer modernen Justiz und klaren Regeln. Sicherheit ist

die Grundlage von Freiheit. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XVII. Verteidigung beginnt zu Hause – Zeitenwende im Elbe-Weser-Raum

Die CDU Elbe-Weser steht fest an der Seite der Bundeswehr. Wir sind dankbar für ihre starke Präsenz in Seedorf, Garlstedt, Rotenburg, Nordholz und Bremerhaven. Diese Standorte sind sicherheitspolitisch unverzichtbar – für unsere Region, für Niedersachsen und für Deutschland. Wir unterstützen die Reaktivierung der ehemaligen Kaserne in Cuxhaven-Altenwalde. Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen unterstreichen die Notwendigkeit einer erhöhten Einsatzbereitschaft und Präsenz der Bundeswehr. Der Standort Altenwalde kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Seine strategisch günstige Lage sowie seine besondere Eignung für Ausbildung, Logistik und Unterstützungskräfte machen den Standort zu einem wichtigen Baustein für die Landes- und Bündnisverteidigung.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu einem erneuerten europäischen Friedens- und Sicherheitsversprechen. Dieses Versprechen braucht heute mehr als gute Absichten: **Es braucht Wehrhaftigkeit, Entschlossenheit und gemeinsame Verantwortung.**

Europa im sicherheitspolitischen Ernstfall

Europa steht an einem historischen Wendepunkt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Eskalationen im Nahen und Mittleren Osten, wachsende Spannungen im Indopazifik und eine neue Unsicherheit im transatlantischen Verhältnis haben die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung grundlegend verändert.

Russland rüstet massiv auf. Experten gehen davon aus, dass Moskau in wenigen Jahren mi-

litärisch in der Lage sein könnte, einen europäischen NATO-Staat anzugreifen. Diese Bedrohung ist real – und sie betrifft uns alle.

NATO stärken – Europa handlungsfähig machen

Die transatlantische Partnerschaft in der NATO bleibt der Garant für Sicherheit und Freiheit in Europa. Gleichzeitig ist klar: **Europa muss mehr Verantwortung für seine eigene Verteidigung übernehmen.**

Wir setzen uns deshalb für einen starken europäischen Pfeiler innerhalb der NATO ein – mit klaren Strukturen, abgestimmten Fähigkeiten und einer institutionell verankerten europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Europäische Verteidigungsunion konsequent vorantreiben

Europäisch denken, planen, entwickeln und produzieren – das ist die Maxime einer leistungsfähigen Verteidigungsunion. Wir wollen einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt für Verteidigungs- und Rüstungsgüter, der Entwicklung, Beschaffung und Produktion bündelt und beschleunigt. Nationale Alleingänge und bürokratische Umgehungslösungen sind angesichts der sicherheitspolitischen Realität nicht mehr tragfähig. Die bestehenden Regelwerke sind überholt und müssen reformiert werden.

Wir fordern:

- verbindliche europäische Standards zur Interoperabilität der Streitkräfte,
- eine beschleunigte Einführung neuer Waffensysteme durch europäische

- Normierung,
- die Nutzung von Synergieeffekten und Kosteneinsparungen.

Militärische Mobilität sichern – „Militärisches Schengen“ schaffen

Im Ernstfall zählt Zeit. Heute behindern lange Genehmigungsverfahren und nationale Hürden die schnelle Verlegung von Truppen und Material innerhalb Europas. Das ist sicherheitspolitisch nicht akzeptabel.

Mit der Vollendung des Binnenmarktes für Verteidigungsgüter muss deshalb ein **militärischer Schengen-Raum** einhergehen. Die Mobilität europäischer Streitkräfte muss jederzeit gewährleistet sein.

Produktion sichern – Wertschöpfung strategisch absichern

Verteidigungsfähigkeit beginnt in der Industrie. Regulatorische und bürokratische Hemmnisse behindern derzeit die Produktion von Verteidigungsgütern – von Rohstoffen bis zur Endfertigung. Diese Hürden müssen identifiziert und abgebaut werden.

Die Versorgung mit strategisch wichtigen Rohstoffen wie seltenen Erden, Spezialmetallen und Halbleitern ist sicherzustellen. Abhängigkeiten von Drittstaaten gefährden unsere Sicherheit und müssen reduziert werden.

Dual-Use-Technologien konsequent nutzen

Technologische Überlegenheit ist ein entscheidender Faktor moderner Verteidigung. Dual-Use-Technologien – etwa in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Robotik oder Quantencomputing – bieten enorme Chancen.

Wir wollen zivile Forschungs- und Innovationsprogramme gezielt fördern und den militärischen Nutzen erschließen. Hochschulen dürfen sich dabei nicht durch ideologisch motivierte Zivilklauseln selbst blockieren.

Universitäten, Forschungseinrichtungen und Industrie können gemeinsam Innovationscluster und Technologie-Hubs aufbauen, die Europas Verteidigungsfähigkeit nachhaltig stärken.

Hybride Bedrohungen ernst nehmen

Moderne Kriegsführung ist hybrid. Desinformation, Cyberangriffe, Sabotage kritischer Infrastruktur, der Einsatz von Drohnen, KI, Robotik und elektronischer Kriegsführung gehören längst zur Realität.

Wir brauchen eine **europäische Schutzarchitektur gegen hybride und digitale Bedrohungen**, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schützt – präventiv, vernetzt und reaktionsfähig.

Heimatschutz und Bevölkerungsschutz stärken

Sicherheit beginnt vor Ort. Heimatschutz bedeutet für uns den Schutz der Bevölkerung, der Infrastruktur und der Lebensgrundlagen in Krisen- und Katastrophenfällen.

Wir setzen auf eine enge Verzahnung von Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen – ergänzt durch die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.

Dazu gehören:

- moderne Ausrüstung und funktionierende Infrastruktur,
- regelmäßige gemeinsame Übungen,
- klare Einsatz- und Krisenkonzepte für Naturkatastrophen, Blackouts und hybride Bedrohungen.

Bevölkerungsschutz ist kein Randthema, sondern Teil einer wehrhaften Demokratie. Wir fördern:

- den Ausbau von Notstrom- und Wasserversorgung,
- leistungsfähige Warnsysteme,
- eine bessere Bevorratung von Hilfsgütern.

Gleichzeitig stärken wir die Eigenverantwor-

tung: Grundwissen zu Warnsignalen, Erste Hilfe und Zivilschutz muss fester Bestandteil des Alltags und der schulischen Bildung werden.

Elbe-Weser-Raum: strategische Schlüsselregion schützen

Im Elbe-Weser-Raum treffen maritime Handelswege, moderne Energieinfrastruktur und dicht besiedelte Küstenregionen aufeinander. Zivilschutz ist hier keine Option, sondern eine strategische Notwendigkeit.

Die Häfen in Cuxhaven, Bremerhaven und Stade, Offshore-Windparks, Wasserstoffterminals sowie Energie- und Datenkabel sind kritische Infrastruktur von nationaler Bedeutung. Sie müssen wirksam geschützt werden – durch moderne Sicherheitskonzepte, enge Zusammenarbeit von Küstenwache, Polizei und Bundeswehr sowie den Einsatz moderner Überwachungs- und Abwehrtechnologien.

Wir fordern zudem Investitionen in die Hafenanlagen und die Schienenanbindung von Cuxhaven und Bremerhaven. Diese Standorte sind logistische Drehscheiben für Wirtschaft und

Verteidigung – und müssen entsprechend leistungsfähig sein.

Verteidigungsfähigkeit braucht gesellschaftlichen Rückhalt

Technik allein reicht nicht. Verteidigungsfähigkeit braucht Akzeptanz und Rückhalt in der Bevölkerung. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit – sie muss erklärt, vermittelt und gemeinsam getragen werden.

Ohne gesellschaftlichen Konsens gibt es keine nachhaltige Verteidigungsfähigkeit.

Unser Anspruch

Der Elbe-Weser-Raum übernimmt Verantwortung für die **Sicherheit unseres Landes – militärisch, zivil und gesellschaftlich**.

Wir stehen für eine klare Zeitenwende, für Wehrhaftigkeit, europäische Stärke und einen handlungsfähigen Staat.

Frieden braucht Stärke. Sicherheit beginnt zu Hause. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

XVIII. Europa, Deutschland und der Elbe-Weser-Raum

Verantwortung übernehmen – Chancen nutzen – Zukunft gestalten

Unsere Vorstellung von Europa

Die CDU steht wie keine andere Partei für die Einheit Deutschlands und die europäische Einigung. Konrad Adenauer und Helmut Kohl haben – gegen den Widerstand politischer Gegner – die Grundlagen für Frieden, Freiheit und Wohlstand gelegt. Darauf sind wir stolz. Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands bleibt auch mehr als 35 Jahre nach der Wiedervereinigung eine zentrale Aufgabe. Sie hat enorme Chancen eröffnet – für ganz

Deutschland und auch für den Elbe-Weser-Raum. Wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen in die neuen Bundesländer haben unsere Region gestärkt.

Das vereinte Europa war und ist für uns kein Projekt der Eliten, sondern ein Friedens- und Freiheitsversprechen für die Menschen. Die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten bietet große Chancen für wirtschaftliche Entwicklung, politische Stabilität und gesell-

schaftlichen Zusammenhalt. Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Marktwirtschaft sind heute fest in Europa verankert.

Ein starkes Europa in einer unruhigen Welt

Wir brauchen die Europäische Union, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen: Digitalisierung, Klimawandel, Migration, Sicherheit. Europa ist ein Sehnsuchtsort in der Welt – aber es bleibt nur dann stark, wenn es seine Werte aktiv verteidigt.

Deshalb glauben wir fest an Europa und kämpfen für politische Mehrheiten, die den richtigen Kurs ermöglichen: **ein handlungsfähiges, selbstbewusstes und geeintes Europa**.

Europa darf nicht nur über Verantwortung reden – es muss Verantwortung übernehmen. Wir wollen ein Europa, das Frieden sichert, Konflikte diplomatisch löst und zugleich seine Sicherheit glaubwürdig verteidigt. Dafür braucht es:

- eine stärkere militärische Zusammenarbeit,
- eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,
- eine verlässliche europäische Verteidigungsfähigkeit.

Wir bleiben transatlantisch – und werden zugleich europäischer.

Europa der Sicherheit – Schutz nach innen, Ordnung nach außen

Europa muss seine Bürgerinnen und Bürger wirksam schützen: vor Terrorismus, organisierter Kriminalität und Cyberangriffen. Das gelingt nur mit enger Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, klaren Regeln und sicheren Außengrenzen.

Falsch verstandener Datenschutz darf Sicherheit nicht behindern. Freiheit braucht Ordnung – nach innen wie nach außen. Der Schutz der EU-Außengrenzen ist eine gemeinsame

europäische Aufgabe.

Europa als Wohlstands- und Wirtschaftsraum

Europas Wohlstand entsteht durch Leistung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Wachstum fällt nicht vom Himmel – es muss erarbeitet werden.

„Made in Europe“ muss weltweit für Qualität stehen. Nur dann sichern wir gute Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stärke.

Wir setzen auf:

- strategische Schlüsselindustrien,
- Forschung und Entwicklung,
- Künstliche Intelligenz und digitale Wertschöpfung,
- fairen, regelbasierten Freihandel.

Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Erfolgsmodell. Sie verbindet wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Verantwortung. Europa muss sich mit diesem Modell im globalen Wettbewerb behaupten – sonst droht Abhängigkeit von anderen Weltregionen.

Klimaschutz mit Vernunft

Die Bewahrung der Schöpfung ist für uns Verpflichtung. Europa trägt Verantwortung für den globalen Klimaschutz. Ziel ist, bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Der „European Green Deal“ muss sich dabei an Vernunft, Wirksamkeit und den Interessen der Menschen orientieren – nicht an Ideologie.

Soziale Sicherheit braucht Regeln

Europa darf nicht auseinanderdriften – weder wirtschaftlich noch sozial. Gemeinsame Regeln müssen gelten und eingehalten werden.

Finanzielle Stabilität lebt davon, dass Risiko und Haftung zusammengehören. Euro-Bonds und Schulden auf Kosten anderer lehnen wir ab. Missbrauch nationaler Sozialsysteme darf es nicht geben.

Europa wirkt vor Ort – EU-Strukturförderung im Elbe-Weser-Raum

Europa, Deutschland, Niedersachsen und unsere Kommunen gehören zusammen. Die EU-Strukturförderung hat den Elbe-Weser-Raum nachhaltig gestärkt.

In der Förderperiode 2014–2020 flossen 2,1 Milliarden Euro nach Niedersachsen, für 2021–2027 sind 2,4 Milliarden Euro vorgesehen. Diese Mittel ermöglichen Innovation, Infrastruktur, Wachstum und Arbeitsplätze – auch im ländlichen Raum. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass mit dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU von 2028 bis 2034 weiter intelligent und nachhaltig in Zukunft investiert wird.

Besonders wichtig ist eine starke europäische Förderung für die Landwirtschaft sowie die Entwicklung ländlicher Räume. Diese Ziele müssen auch im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen verlässlich finanziert, intelligent ausgestaltet und weiterentwickelt werden.

Der EU-Binnenmarkt stärkt den Mittelstand

Der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft im Elbe-Weser-Raum. Grenzöffnung, gemeinsame Währung und einheitliche Regeln haben Wachstum und Beschäftigung ermöglicht.

Der Binnenmarkt muss weiter vertieft und vollendet werden. Jede neue EU-Regelung muss auf **Mittelstandsverträglichkeit** geprüft werden.

Förderpolitik darf sich nicht an Postleitzahlen orientieren, sondern am tatsächlichen Bedarf. Gemeinsame Entscheidungen müssen gemeinsam getragen werden.

Europa erleben – Erasmus+ ausbauen

Erasmus+ öffnet Horizonte: für Studierende, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler sowie Erwerbstätige. Mehr als 10 Millionen

Menschen haben bereits profitiert, weitere 10 Millionen folgen bis 2027.

Auch junge Menschen aus dem Elbe-Weser-Raum profitieren davon – sprachlich, fachlich und menschlich. Erasmus+ muss fortgesetzt werden. Wir setzen uns dabei für vereinfachte Antragsverfahren ein, insbesondere für Schulen und Ausbildungsbetriebe.

Sicherheit kommt auch aus Brüssel

Europa trägt konkret zur Sicherheit bei: durch das Ein- und Ausreiseregister, Sicherheitsüberprüfungen im Schengenraum, die Europäische Staatsanwaltschaft und eine gestärkte Grenzschutzagentur Frontex.

Wir fordern, Frontex zu einer echten europäischen Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und mit 30.000 Grenzschildern und moderner Technologie auszubauen.

„Bigger on big things“ – Subsidiarität ernst nehmen

Europa muss sich auf das Wesentliche konzentrieren. Entscheidungen gehören auf die Ebene, die sie am besten treffen kann.

Das Subsidiaritätsprinzip ist Maßstab unserer Politik. Kommunale Selbstverwaltung muss gestärkt, nicht geschwächt werden.

Europas Zukunft gemeinsam gestalten

Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet die Chance, Europa gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterzuentwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, dass zentrale Zukunftsthemen offen diskutiert werden – von Demokratie und Sicherheit über Klimaschutz und Digitalisierung bis hin zu Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit.

Unser Europaabgeordneter **David McAllister** steht für eine starke Stimme unseres Elbe-We-

ser-Raums in Brüssel und Straßburg.

Unser Anspruch

Europa ist Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsversprechen.

Der Elbe-Weser-Raum ist Teil dieses Europas –

XIX. Der Elbe-Weser-Raum – zusammen als Region aus Tradition

Geschichte verpflichtet. Zusammenhalt trägt. Zukunft entsteht gemeinsam.

Der Elbe-Weser-Raum ist mehr als eine geografische Beschreibung. Er ist ein historisch gewachsener Lebens- und Kulturraum zwischen Unter- und Außenweser sowie Elbmündung und Untereibe. Geografisch reichen seine Bezüge bis nach Bremen und Hamburg, historisch wurzelt er in den ehemaligen Territorien Bremen und Verden. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurden sie unter schwedischer Herrschaft zum Reichsterritorium Bremen-Verden mit Verwaltungssitz Stade zusammengefasst – der Ursprung des späteren Regierungsbezirks Stade.

Die Wurzeln unseres Erfolgs: Geschlossenheit und Zusammenhalt

Die Geschichte unserer Region reicht weit zurück. Die frühen Sachsen, benannt nach ihrem Kurzschrift, dem „Sax“, siedelten nach heutigen Erkenntnissen schon im 4. Jahrhundert zunächst im Gebiet des heutigen Landes Hadeln. Von hier aus breitete sich ihr Siedlungsraum über Jahrhunderte hinweg aus. Bis ins 8. Jahrhundert reichte er von der Elbe bis nahe an Rhein und Harz.

Die Sachsen bewahrten lange ihre eigenständige Stammesverfassung: ohne König, mit der Versammlung der Freien – dem Thing – als politischem Entscheidungsorgan. Führung wurde nur in Kriegszeiten übernommen. Diese

selbstbewusst, engagiert und verantwortungsvoll.

Wir gestalten Europa. Wir stärken unsere Region. Wir übernehmen Verantwortung. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.

Tradition gemeinsamer Beratung und Verantwortung prägt unsere Region bis heute.

Die Geburtsstunde des regionalen Zusammenhalts

Ein entscheidender Meilenstein war der 6. Dezember 1397. In Basdahl im heutigen Landkreis Rotenburg/Wümme fand die erste urkundlich belegte Versammlung von Landständen im Zentrum des Elbe-Weser-Raums statt. Vertreter aller politisch handlungsfähigen Kräfte des Erzstifts Bremen schlossen erstmals einen verbindlichen Vertrag zum gegenseitigen Schutz ihrer Rechte, Freiheiten und Privilegien.

Erstmals handelten sie nicht als Einzelne, sondern als Vertreter eines gemeinsamen Landes.

Diese Einigung kann mit Recht als Geburtsurkunde der Landstände im Elbe-Weser-Raum und damit als Fundament der Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden gelten. Von nun an trafen sich die Landstände regelmäßig, um politische Entscheidungen zu beraten, gemeinsame Interessen zu vertreten und den regionalen Zusammenhalt zu festigen – geschlossen und gemeinsam.

Kontinuität über Jahrhunderte – die Landschaften

Einzigartig in Deutschland ist die bis heute bestehende Institution der Landschaften im ehemaligen Königreich Hannover. Seit über

600 Jahren verkörpert die Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden die regionale Identität des Elbe-Weser-Dreiecks. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts wirkt sie im Auftrag des Landes Niedersachsen und gliedert sich in drei Kurien:

- die Ritterschaft,
- die Städte, Flecken und Gemeinden,
- die bäuerlichen Grundbesitzer.

Ihre Organe – Landtag und Landschaftsausschuss – arbeiten bis heute kontinuierlich und stehen für gelebte regionale Selbstverwaltung.

Zusammenhalt trotz wechselnder Herrschaft

Die Geschichte unserer Region war geprägt von wechselnden politischen Rahmenbedingungen: schwedische, dänische, hannoversche, preußische und schließlich niedersächsische Zugehörigkeit. Trotz Grenzverschiebungen und Verwaltungsreformen blieb der Elbe-Weser-Raum stets als Einheit erhalten – von den Herzogtümern Bremen und Verden über den Regierungsbezirk Stade bis in die Gegenwart.

Unsere Stärke liegt genau darin: **Der Elbe-Weser-Raum ist über Jahrhunderte hinweg als Ganzes zusammengeblieben.**

Identität als Fundament der Zukunft

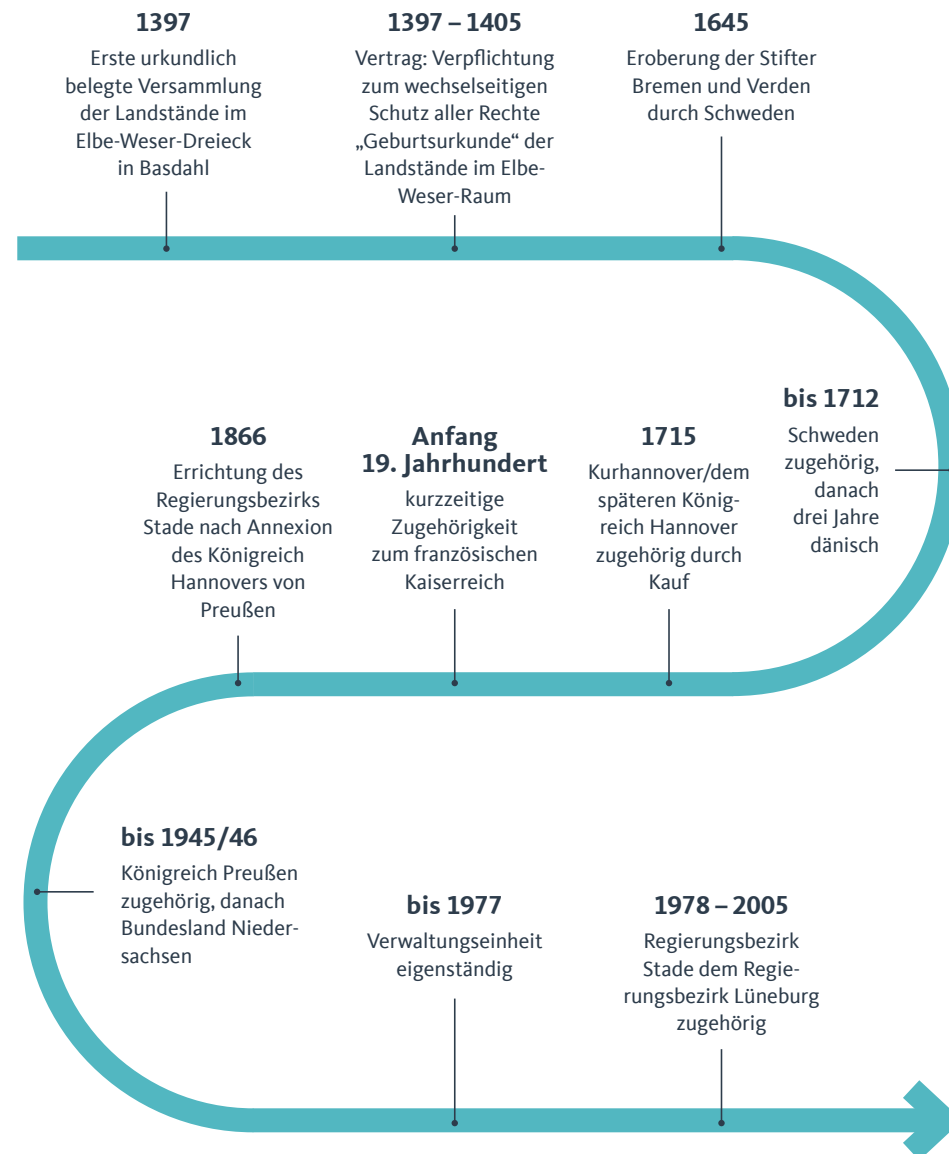
Diese gemeinsame Geschichte stiftet Identität. Sie schafft Verbundenheit, Heimat und Verantwortung füreinander. Eigenständige Traditionen zwischen Elbe, Weser und Aller prägen unsere Region bis heute. Tradition schafft Identität. Identität schafft Zusammenhalt. Zusammenhalt schafft Zukunft.

Unser Selbstverständnis

Die CDU ist und bleibt die Partei des Elbe-Weser-Raums. Wir kennen dieses kulturell-politische Erbe, wir respektieren es – und wir tragen Verantwortung dafür, es in die Zukunft zu führen.

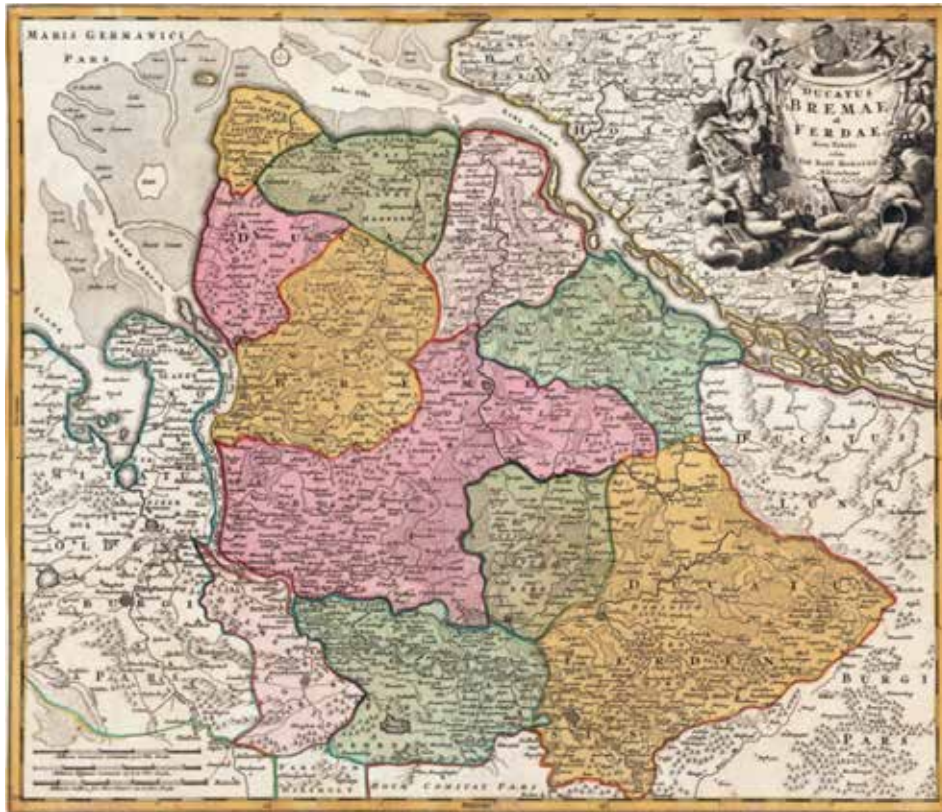
Geschlossen, selbstbewusst und gemeinsam. **Der Elbe-Weser-Raum: zusammen als Region aus Tradition. Darauf gründen wir unser Selbstverständnis. Dafür steht die CDU Elbe-Weser.**

Der Elbe-Weser-Raum: Geschlossenheit und Zusammenhalt als Region seit 630 Jahren



Das Elbe-Weser-Dreieck setzt sich aus den historischen Territorien Bremen und Verden zusammen. Es umfasst das Gebiet zwischen Unterweser und Außenweser sowie der Elbmündung und der Unterelbe. Es bildet daher eigentlich eine große Halbinsel. Geschichtlich und politisch gesehen entspricht dieses sogenannte „Nasse Dreieck“ etwa dem früheren Bremen-Verden und dem daraus hervorgegan-

genen Regierungsbezirk Stade. Es befindet sich – abgesehen von kleinen Teilen, die zu den Stadtstaaten Bremen und Hamburg gehören – nahezu vollständig in Niedersachsen. Den niedersächsischen Hauptteil des Elbe-Weser-Dreiecks machen die fünf Landkreise Cuxhaven, Stade, Osterholz, Rotenburg (Wümme) und Verden aus.



DUCATUS BREMAE ET FERDAE NOVA TABULA
Johann Baptist Homann (*1664–†1724)
Altkolorierte Landkarte des Herzogtums Bremen-Verden, um 1720 in Nürnberg

Quellen:

- „Elbe-Weser-Dreieck – Eine kleine Landeskunde der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden“, Landschaftsverband Stade
- <https://bv.landschaften.de/ueber-unsere-landschaft/#historie>
- www.wikipedia.org
- Karte der Herzogtümer Bremen und Verden « Ducatus Bremae et Ferdiae »:
http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Johann_Baptista_Homann_Ostfriesland.jpg

Mitglieder der Elbe-Weser- Programmkommission:

Axel Lohse (Vorsitz)
Birgit Butter MdL (Bezirksgeschäftsführerin)
Julia Grebe
Henning Leeske
David McAllister MdEP
Marcus Oberstedt
Dr. Denis Ugurcu

Co-Autoren:
Enak Ferlemann PSTs a.D. (Bezirksvorsitzender)
Dr. Marco Mohrmann MdL
Marco Prietz

Herausgeber:

CDU Bezirksverband Elbe-Weser
Poststraße 34
21682 Stade
Mail: bv.elbe-weser@cdu-stade.de
www.cdu-elbe-weser.de

